

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Digitalisierung und Datenschutz

3. Sitzung
23. Februar 2022

Beginn: 09.32 Uhr
Schluss: 11.17 Uhr
Vorsitz: Christian Wolf (FDP)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Inhaltsprotokoll.

Vorsitzender Christian Wolf: Wir kommen zu

Punkt 2 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Richtlinien der Regierungspolitik
(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis
90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)

[0007](#)
DiDat

Hierzu: Anhörung

Zu diesem Tagesordnungspunkt möchte ich noch mal Herrn Dr. Kleindiek begrüßen, der stellvertretend für Frau Senatorin Spranger, die heute nicht anwesend sein kann, diese Stellungnahme übernimmt. – Herr Dr. Kleindiek!

Staatssekretär Dr. Ralf Kleindiek (SenInnDS): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir freuen uns, dass wir unsere Vorhaben, unsere Leitlinien der Regierungspolitik für den Bereich Digitalisierung heute im Ausschuss vorstellen können. Es ist sozusagen die erste Vorstellung dieser Art, wie es sich gehört. Ich darf zunächst auch noch mal an dieser Stelle Frau Senatorin Spranger entschuldigen, die aus den Gründen, die uns in diesen Zeiten immer häufiger begegnen, nicht anwesend sein kann, weil sie in Quarantäne sein muss. Das tut mir sehr leid, und ich soll herzlich Grüßen. Es ist leider nicht möglich gewesen. Deswegen übernehme ich gerne hier die Präsentation. Wir möchten Ihnen für den Bereich der Digitalisierung unsere Vorhaben vorstellen. Das betrifft in diesem Fall beide Aspekte: zum einen die Digitalisierung, die die Senatsinnenverwaltung durchführt, und dann aber auch das, was ich mir als Chief-Digital-Officer – CDO – an gesamtstädtischen Vorhaben vorgenommen habe für den Beginn dieser Legislaturperiode, was wir jetzt in diesem Jahr intensiv beginnen wollen, wo wir auch die Unterstützung und das Placet des Abgeordnetenhauses an der einen oder anderen Stelle brauchen. Das möchte ich Ihnen gerne vorstellen. Wir haben eine Präsentation vorbereitet, die, wenn ich das richtig sehe, verteilt und auch eingeblendet ist.

Digitalisierung – das macht der Koalitionsvertrag sehr deutlich – ist ein wichtiger Schwerpunkt in dieser Legislaturperiode für die gesamte Landesregierung. Das ist im Koalitionsvertrag ausdrücklich deutlich geworden. Das ergibt sich auch aus den Beratungen, das kann ich berichten, die es in der Senatsklausur gegeben hat. Das ergibt sich aber auch aus den Diskussionen, die wir jetzt begonnen haben und intensiv führen zwischen den einzelnen Hauptverwaltungen, aber auch mit den Bezirken. Dabei ist es ein wichtiger Aspekt, dass wir darauf einen Schwerpunkt setzen wollen, dass sich die gesamtstädtische Strategie des Senats auf die Ertüchtigung und die Ausweitung von digitalen, aber auch analogen Bürgerdienstleistungen bezieht. Das ist ganz wichtig. Dafür ist ein Personalaufbau erforderlich. Dafür ist aber auch erforderlich, die Bürgerdienste zu priorisieren und deutlich zu machen: Was ist für die Bürgerinnen und Bürger, für die Wirtschaft, für die Zivilgesellschaft und die für Wissenschaft wichtig? Wo müssen wir da besonders schnell voranschreiten?

Wir wollen – und das betrifft dann auch meine Funktion – mit dieser Funktion des Chief-Digital-Officers, die die Landesregierung eingerichtet hat, die beiden Aspekte Verwaltungsdigitalisierung/Digitalisierung und Verwaltungsmodernisierung deutlich stärker miteinander verschränken. Das ist mir persönlich auch sehr wichtig. Deswegen bin ich auch sehr froh, dass ich zwei Zuständigkeiten habe, einmal die in der Senatskanzlei für die gesamtstädtische Steuerung der Verwaltungsmodernisierung. Das betrifft vor allem die Zusammenarbeit zwischen der Landesebene und den Bezirken. Das betrifft die Vorhaben, die wir dort vorhaben. Das betrifft das Abschließen von Zielvereinbarungen zwischen dem Senat und den Bezirken, aber auf der anderen Seite auch die Digitalisierungsvorhaben, die damit einhergehen müssen. Diese Vorgehensweise speist sich aus der Erkenntnis, dass sehr viele Modernisierungsvorhaben immer zwei Aspekte haben, dass sie Reorganisations- und Transformationsvorhaben in der Verwaltung sind und gleichzeitig die Einführung und Nutzung von digitalen Angeboten und Möglichkeiten erfordern.

Daraus ergibt sich auch für uns das erste Kernthema. Das sind die Dienste für die Bürgerinnen und Bürger, und das ist klar die oberste Priorität. Wir wollen bei den Bürgerdiensten ansetzen. Wir wollen erreichen, dass die Digitalisierung von Bürgerdienstleistungen sich zukünftig

konsequent nach den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger richtet, danach, was für sie am attraktivsten ist, danach, was für sie am wichtigsten ist, wo die Nutzung am häufigsten passiert, wo auch die Erleichterung durch digitale Möglichkeiten am größten sind. Das ist neu. Diese strategische Weichenstellung und diese klare Verabredung hat es bisher innerhalb der Landesregierung nicht gegeben. Es war bisher eher so, dass auf Zuruf Digitalisierungsvorhaben durchgeführt wurden, wenn ich das mal ein wenig flapsig sagen darf, und dass dann derjenige oder diejenigen, die Dienstleistungen hatten, die sie gerne digitalisiert haben wollten, das dann gemacht haben. Das führt dazu, dass das Bild, das wir jetzt mittlerweile an Dienstleistungen haben, so ein bisschen heterogen ist und Leistungen dabei sind, wo man denkt: Ist jetzt die Verlustanzeige einer Waffe eine wirklich wichtige Dienstleistung? Das ist natürlich wichtig für die Sicherheit, dass wir da ein funktionierendes System haben. Aber Sie wissen alle, es gibt große, die Regierende Bürgermeisterin sagt immer, Topseller in den Verwaltungsdienstleistungen, und auf die müssen wir uns bei der Digitalisierung konzentrieren.

Wir werden deshalb mindestens drei Dienstleistungen aus jeder Verwaltung identifizieren und die dann auch priorisieren. Damit haben wir erst mal ein Portfolio der wichtigsten Dienstleistungen. Es ist ja nicht so, dass wir da bei null anfangen müssen, sondern diese Priorisierungen an Dienstleistungen gibt es, und die müssen wir jetzt sozusagen in unsere Strategie überführen. Wir werden das, so wie es auch im Koalitionsvertrag steht, mit einem Digitalisierungs-Dashboard unterstützen, was dann dazu führt, dass wir sozusagen den Stand der Digitalisierung immer aktuell und transparent abfragen können.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist, dass wir zentrale Basisdienste für die Digitalisierung bereitstellen werden. Wir haben da einen wichtigen Basisdienst als Land Berlin übernommen im Kontext der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes. Das ist der digitale Antrag, ein wichtiger Baustein dafür, dass wir in der Lage sind, die Digitalisierung der Verwaltungsangebote konsequent durchzuführen und tatsächlich medienbruchfrei durch den gesamten Workflow umzusetzen. Dafür ist es dieser Basisdienst eine wichtige Voraussetzung. Wir wollen dieses zielgerichtete, priorisierte und standardisierte Vorgehen gemeinsam mit den Bürgerämtern umsetzen. Wir wollen das konsequent mit der Digitalisierung der Bürgerämter verbinden, deshalb auch ein besonderes Programm für die Digitalisierung der Bürgerdienste. Wir haben als einen Bestandteil des 100-Tage-Programms des Senats die Onlinekampagne für digitale Bürgerdienstleistungen vorbereitet, die demnächst starten wird, damit wir die Nutzung von Onlineangeboten noch bekannter und attraktiver machen können.

Das zweite Thema, das ich gerne vorstellen möchte, ist – wenn Sie so wollen – die zweite Seite dieser Medaille bei der Digitalisierung von Bürgerdienstleistungen. Ich habe eben darüber gesprochen, was wichtig ist, damit die Bürgerinnen und Bürger und die Wirtschaft die Angebote nutzen können. Das andere ist die konsequente Fortführung und Umsetzung in den Behörden selbst, in den Hauptverwaltungen, aber auch in den Bezirken, und dafür ist essenziell die flächendeckende Umsetzung und Einführung der digitalen, der elektronischen Akte. Der Koalitionsvertrag hat uns da ein anspruchsvolles Ziel gesetzt. Bis Ende 2024 muss diese Umsetzung erfolgen. Das ist ein anspruchsvolles Ziel, weil diese elektronische Akte, die digitale Akte nicht nur eine technische Herausforderung ist, sondern sie ist auch eine organisatorische und auch eine kulturelle Herausforderung. Deswegen wird uns das intensiv beschäftigen. Deswegen ist es auch eines der wirklich wichtigen Themen, die ich Ihnen gerne vorstellen möchte. Wir werden in diesem Jahr in 15 Behörden und im kommenden Jahr in 25 Behörden mit dem Roll-out beginnen, den Roll-out weiterführen. Es gibt keine Alternative zu dieser

digitalen Akte. Sie ist essenziell für die Digitalisierung von Bürgerdienstleistungen. Sie ist aber auch essenziell für eine moderne öffentliche Verwaltung.

Die Pandemie hat uns jetzt noch mal vor Augen geführt, wie notwendig das ist, aber es ist natürlich unabhängig davon so, dass wir, wenn wir als Verwaltung zukunftsfähig sein wollen, die Möglichkeiten des flexiblen und mobilen Arbeitens sehr viel stärker weiterentwickeln und ausbauen müssen. Das ist eine wichtige Voraussetzung dafür, dass wir den Beschäftigten attraktive Angebote machen können. Deswegen ist diese elektronische Akte einmal mehr wichtig. Lassen Sie mich als Beispiel nennen: Ich war, bevor ich hier die Funktion begonnen habe, beamteter Staatssekretär im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, und dort haben wir beides gemacht. Wir haben in dieser Zeit als eines der wenigen Bundesministerien die elektronische Akte eingeführt, und wir haben in dieser Zeit den Anteil derjenigen, die flexibel und mobil gearbeitet haben, von 50 Prozent auf 80 Prozent mit einem unterschiedlichen Anteil an Arbeitszeit erhöht, manche 20 Prozent, andere 60 Prozent. Das hat sich insgesamt bewährt und ist eine wichtige Voraussetzung dafür gewesen, um Beschäftigte zu binden und attraktive Angebote zu machen. Wenn Sie sich anschauen, dass wir den Radius, in dem wir unsere Beschäftigten gewinnen müssen – bis Ende dieses Jahrzehnts werden auch in Berlin rund 25 Prozent bis 30 Prozent der Bediensteten in den Ruhestand oder in die Rente gehen –, immer mehr erweitern müssen, und diesen Radius erweitern wir, indem wir digitale Angebote schaffen, indem Beschäftigte in der Lage sind, an zwei Tagen in der Woche von zu Hause zu arbeiten und sie es deswegen nicht als unzumutbar empfinden, wenn sie 60, 70 oder 80 Kilometer von ihrem Arbeitsplatz entfernt wohnen. Das ist eine der ganz wichtigen Voraussetzungen und einer der wesentlichen Gründe, warum diese digitale Akte eingeführt werden muss. Insgesamt müssen wir ein stabiles digitales Angebot schaffen.

Dazu gehört, wenn Sie so wollen, auch die Fortführung der One-Device-Strategie, die Einführung und weitere Etablierung des BerlinPC als mobilen Standardarbeitsplatz. Diejenigen, die ein bisschen länger mit der öffentlichen Verwaltung zu tun haben, vielleicht auch selbst mal darin gearbeitet haben, wissen, dass es, als die Möglichkeiten des flexiblen, mobilen Arbeitens begonnen haben, immer zwei oder drei Endgeräte gab, mit denen man zu tun hatte. Das gehört der Vergangenheit an. Wir wollen den Einsatz von mobilen Endgeräten weiter forcieren, und zwar eines mobilen Endgerätes, das dann überall einsetzbar ist, sowohl am Arbeitsplatz in der Verwaltung selbst als auch mobil, als auch zu Hause. Das hat durch die Pandemie in den vergangenen zwei Jahren einen großen Schub bekommen. Es ist, wenn Sie so wollen, ein wirklich positiver Nebeneffekt dieser insgesamt schlimmen Situation gewesen, dass wir den Einsatz sehr viel stärker forciert haben, als das unter normalen, nicht pandemischen Bedingungen sicherlich der Fall gewesen wäre. Deswegen ist dieser BerlinPC konsequent an weiteren Arbeitsplätzen, wo es möglich und sinnvoll ist, als Standardarbeitsplatz einzusetzen.

Das vierte Thema hat den Titel: IKT-Migration zum ITDZ Berlin beschleunigen. – Die Migration der Informations- und Kommunikationstechnik aller Behörden und Einrichtungen der Berliner Verwaltung hin zum ITDZ, was die verfahrensunabhängige IKT und die IKT-Basisdienste anbelangt, ist alternativlos in technologischer und fiskalischer Hinsicht, aber auch unter dem Aspekt einer wirkungsvollen Cybersicherheit. Wir brauchen diese Zentralisierung, die durch die Migration erfolgen soll. Wir brauchen die beschleunigt. Es ist deshalb aus unserer Sicht keine Frage mehr des Ob, sondern nur noch die Frage des Wie und des Wann. Ich möchte sehr schnell mit allen Verwaltungen konkrete Verabredungen schließen, in welcher Reihenfolge wir diese Migration durchführen und wann welche Behörde migrieren soll. Ziel ist es, bis Ende 2024 diese Migration, soweit es geht, abzuschließen. Der Koalitionsvertrag hat uns aufgegeben, dass wir dafür die Voraussetzungen auch durch eine Novellierung des ITDZ-Gesetzes unterstützen sollen. Das werden wir tun. Sowohl beim ITDZ-Gesetz als auch

beim E-Government-Gesetz ist es aus unserer Sicht erforderlich, mehr Verbindlichkeit zu erzeugen. Wir werden dem Abgeordnetenhaus einen entsprechenden Vorschlag machen, wie das passieren sollte.

Ich möchte aber zu diesem Thema Migration auch noch sagen, dass diese Migration zwei Seiten einer Medaille hat, und zwar einmal die Verbindlichkeit und Verpflichtung der einzelnen Verwaltungen zu migrieren, aber andererseits auch die Aufnahmefähigkeit desjenigen, zu dem migriert werden soll, und das ist das ITDZ Berlin. Wir werden, das ist klar die Aufgabe der Innenverwaltung und auch die Aufgabe und Verantwortung von mir, dafür sorgen müssen, dass diese Aufnahmefähigkeit des ITDZ gewährleistet ist, dass das möglich ist, und auf beiden Seiten die Voraussetzungen dafür schaffen müssen. Ich habe so ein Migrationsprogramm auf der Bundesebene als Kunde sehr intensiv erlebt, als Kunde insofern, als ich Behördenleiter einer der Ministerien gewesen bin, die migrieren sollten, und ich habe da erlebt, was es für Herausforderungen und Schwierigkeiten gibt. Auch da ist es so, dass diese beiden Seiten einer Medaille beachtet werden müssen und dass es da Herausforderungen gibt, ganz ähnlich, wie das auch bei uns ist. Wir müssen auf beiden Seiten noch wichtige Arbeiten erledigen, und wir müssen vor allem eine Klarheit haben, dass diese beiden Seiten, diese beiden Enden, gut zueinander finden, dass diejenigen, die migrieren sollen, genau wissen, was ihre Aufgabe und Verantwortung ist, und dass das ITDZ, zu dem migriert werden soll, genau weiß, welche Angebote es als aufnehmende Verwaltung machen muss und auch, welche Leistungen es erbringen muss. Das ist ein ganz wichtiger Faktor. Das geht nicht von selbst. Dafür braucht man eine gute gemeinsame Diskussion, und dafür muss man auch ein gutes gemeinsames Verständnis dafür erzeugen und entwickeln, was passieren soll und was nicht passieren soll. Es gibt Vorbehalte bei dieser Migration, das weiß ich. Das ist immer so. Über diese Vorbehalte muss diskutiert werden. Es ist unsere Aufgabe als diejenigen, die die gesamtstädtische Digitalisierung koordinieren und voranbringen, dafür zu sorgen, dass diese beiden Partner gut zusammenkommen.

Dazu gehört es, dass das ITDZ Berlin neu aufgestellt werden muss. Dazu gehört es, dass wir ein Finanzierungsmodell brauchen, das diese Migration unterstützen und gewährleisten kann, dabei helfen kann, diese Migration durchzuführen. Deswegen hat uns der Koalitionsvertrag vorgegeben, dass wir mit dem Haushalt 2022/23 ein neues Finanzierungsmodell für das ITDZ realisieren. Das ist eine sehr akute Maßnahme, eine sehr akute Aufgabe, die wir zu erledigen haben. Wir interpretieren das so, dass mit dem Haushalt 2022/23 – Wenn das Abgeordnetenhaus den neuen Haushalt beschlossen hat, dann wollen wir regierungsseitig ein neues Finanzierungsmodell für das ITDZ realisiert haben. Dazu werde ich jetzt die Gespräche beginnen, vor allem mit der Finanzverwaltung, aber dann auch mit den anderen Akteuren. Es kommt darauf an, dass wir einerseits sagen: Was brauchen wir für ein Finanzierungsmodell, damit das ITDZ in der Zukunft kundenorientierter und leistungsstärker arbeiten kann? Da gibt es eine ganze Reihe von Stellschrauben, die sich ergeben. Da gibt es die Frage: Wie kalkuliert das ITDZ? Es gibt Diskussionen darüber, wie die Preise sind, aber es geht auch darum, wie wir dieses rechtlich selbstständige ITDZ als Anstalt öffentlichen Rechts ausstatten. Welche Möglichkeiten schaffen wir, mit Überschüssen oder Überträgen umzugehen? Das wird wichtig sein dafür, dass das ITDZ die Aufgaben, die es hat – Digitalisierung, Standardisierung, Gewährleistung von IT-Sicherheit –, erledigen kann, aber auch um die Bereiche Beratung und Service erweitert werden kann. Dafür ist dieses Finanzierungsmodell eine wichtige strategische Voraussetzung, damit wir das ITDZ zukunftsfähig aufstellen können und das ITDZ selbst in der Lage ist, diese Aufgabe der Migration, aber auch die Daueraufgaben, die sich

daran anschließen – Digitalisierung, Standardisierung, IT-Sicherheit, Beratung und Service – gut erledigen kann.

Lassen Sie mich noch zu einem weiteren Thema kommen, und das ist das Thema Open Source. Ich habe das auch deswegen auf die Präsentation dieser ersten wichtigen Vorhaben unserer Regierungspolitik in diesem Jahr gesetzt, weil ich weiß, dass es ein technologisch, aber auch politisch und gesellschaftspolitisch wichtiges Thema ist. Sie wissen alle, dass der Einsatz von Open-Source-Produkten nicht nur eine technische Variante zu anderen Lösungen ist, sondern dass das eine Frage der digitalen Souveränität ist und auch eine Frage der digitalen Souveränität der öffentlichen Verwaltung. Deswegen bin ich – ich war nicht daran beteiligt, deswegen kann ich das sagen – sehr froh und sehr beeindruckt davon, dass der Koalitionsvertrag zu diesem Thema praktisch eine Seite aufgeführt hat. Ich finde das sehr gut. Es ist wichtig, dass wir uns als Verwaltung mit diesem Thema sehr intensiv beschäftigen, dass wir das beherzigen, was im Koalitionsvertrag und in den Richtlinien der Regierungspolitik steht, dass wir bei jeder Softwarebeschaffung nach Open-Source-Alternativen suchen müssen. Ich möchte auch, dass wir dafür eine strategische Grundlage erarbeiten. Das ist nicht einfach, und das wird auch nicht einfach – das beschäftigt uns so wie viele andere Akteure innerhalb und außerhalb der öffentlichen Verwaltung auch innerhalb und außerhalb Deutschlands –, weil wir immer auch Zielkonflikte haben werden. Open-Source-Produkte sind manchmal, was den Einsatz anbelangt, anspruchsvoller, wenn man schnell Digitalisierungserfolge erzielen will, als das bei alternativen Produkte, die etabliert, eingeführt und proprietär sind, darstellt. Wir werden immer Sicherheitsdiskussionen haben, und wir werden immer darüber diskutieren müssen, was jetzt der richtige Weg ist, und das wird oft eine Frage des Einzelfalls sein. Aber wenn wir eine klare Leitlinie haben, dass wir sagen: Soweit es geht und wo immer es möglich ist, wollen wir Open-Source-Alternativen nutzen, so, wie es in den Leitlinien der Regierungspolitik steht –, ist das ein guter Maßstab, an dem wir uns orientieren können. Wir wollen diesen Maßstab möglichst gut untersetzen und unterstützen, auch die Realisierung dieses Maßstabes. Deswegen ist es wichtig, dass wir möglichst schnell das Kompetenzzentrum „Open Source“ beim ITDZ einrichten, so, wie es der Koalitionsvertrag vorsieht, damit all diejenigen, die sich in den Verwaltungen überlegen: Wie kann ich alternative Open-Source-Produkte und Lösungen nutzen? Wie geht das? Wie kann ich das am besten machen? –, möglichst gut unterstützt werden. Wir werden auch einen Open-Source-Fonds zur Finanzierung und Unterstützung von Entwicklungscommunitys einrichten, die das Land braucht, damit Anwendungen gepflegt und weiterentwickelt werden können. Es ist einer der großen Vorzüge von dieser Open-Source-Politik und -Strategie, dass wir Softwarelösungen in einem möglichst freien und offenen Kontext entwickeln können und das zum Nutzen der Verwaltung möglich ist, damit wir freie Lizenzen nutzen können und damit wir beim BerlinPC Open Source als Referenz bei allen entsprechenden Ausschreibungen unterstützen können. Das ist ein wichtiger Punkt. Daran müssen wir intensiv arbeiten. Da müssen wir uns auch innerhalb der Verwaltung noch enablen. Da müssen wir noch Strukturen schaffen – das ist bisher noch nicht in der Weise geschehen –, die uns in die Lage versetzen, diese Aufgabe zu erfüllen. Wir werden auch mit anderen zusammenarbeiten. Diese Diskussionen werden überall geführt. Diese Diskussionen werden in den anderen Ländern geführt, diese Diskussion werden auf der Bundesebene geführt, und da werden wir versuchen, so gut es geht, von diesen Diskussionen zu profitieren, uns da einbringen. Deswegen ist es für mich ein wirklich wichtiges Thema.

Lassen Sie mich noch zu einem Thema etwas sagen, was explizit meine Aufgaben als CDO betrifft, und zwar: Wie geht es weiter mit den Digitalstrategien, die wir in der Stadt haben?

Auch da sind Koalitionsvertrag und Leitlinien der Regierungspolitik sehr eindeutig. Die drei Strategien – Digitalstrategie, Strategie für die Verwaltungsdigitalisierung und die Smart-City-Strategie – sollen zusammengeführt werden. Das wird geschehen, und zwar bei dieser neuen Funktion des CDO. Wir arbeiten schon mit Hochdruck daran, dass diese Strategien zusammengeführt werden, aber dass vor allem diese Zusammenführung mehr ist als die Summe der drei Einzelteile. Das ist für mich ein ganz wichtiger Punkt. Wir wollen, dass deutlich wird, welchen Mehrwert Digitalisierung für so eine urbane Großstadtgesellschaft wie in Berlin für die Gesellschaft, die Verwaltung, die Wissenschaft und für die Zivilgesellschaft hat, und deswegen werden wir diese Strategien bündeln, werden sie zusammenführen, und dabei ist für uns die Leitlinie, dass wir eine zentrale Koordination und Steuerung, aber eine dezentrale Umsetzung brauchen. Wir werden versuchen, so viel wie möglich mit den Partnerinnen und Partnern aus der Wirtschaft, aus der Zivilgesellschaft und aus der Wissenschaft an konkreten Projekten und Produkten zu realisieren. Sie wissen vielleicht, dass die Smart-City-Strategie schon drei Pilotprojekte hat, die realisiert werden, unter anderem das Projekt „Smart Water“ der Smart-City-Strategie und das Projekt für den Hardenbergplatz. Das ist der Weg, den wir weitergehen wollen. Ich merke an den Diskussionen mit denen Beteiligten, mit den Partnerinnen und Partnern, wo es großes Interesse gibt, dass es da jetzt eine gewisse Ungeduld gibt, jetzt sehr konkret zu werden, konkrete Projekte zu realisieren. Wir sind jetzt an dem Startpunkt, wo wir sagen müssen: Die Zusammenführung dieser drei Strategien darf jetzt nicht dazu führen, dass wir uns noch mal ein Jahr lang über die gemeinsame Strategie Gedanken machen, sondern dass wir das mit der konkreten Umsetzung verknüpfen, mit der Realisierung von konkreten Projekten, von denen eine ganze Reihe in den Leitlinien der Regierungspolitik angelegt sind, dass wir Apps, Softwarelösungen oder konkrete Dienstleistungen realisieren können. Es ist ganz wichtig, dass sich das in dieser Strategie gut fügt.

Wenn ich das Fazit ziehen soll, dann möchte ich sagen, dass wir in dieser Legislaturperiode zentrale Vorhaben der Digitalisierung und Verwaltungsmodernisierung stärker miteinander verschränken wollen, dass wir sie beschleunigen wollen, dass wir sie stärker umsetzen wollen, dass wir die Befähigung des ITDZ und der IKT-Infrastruktur in Berlin vorantreiben wollen, weil wir das als Fundament für eine moderne Informations- und Kommunikationstechnik, für eine moderne Digitalisierung brauchen. Wir wollen die Bürgerämter, die Ordnungsämter und alle anderen dabei unterstützen, dass attraktive Bürgerdienstleistungen digital angeboten werden können, und wir wollen, dass die Digitalisierungsstrategien, die jetzt in unterschiedlichen Bereichen, ob in der Wirtschaftsverwaltung, der Innenverwaltung, in der Senatskanzlei ist, zum Teil aber auch in anderen Ressorts, jedenfalls, was die Strategie und das Verständnis anbelangt, gebündelt werden. Sie sollen dezentral umgesetzt werden. Wir brauchen überall in den Verwaltungen starke Digitalisierungseinheiten. Es soll nicht dazu führen, dass jetzt gesagt wird: Okay, jetzt gibt es einen CDO, und da wird das dann alles gemacht. – So wird es nicht funktionieren, sondern wir brauchen dieses Zusammenspiel zwischen einer zentralen Strategie, aber einer dezentralen Umsetzung und Realisierung von Vorhaben. Es wird darauf ankommen, dass wir den richtigen Weg finden, damit so eine neue Funktion des CDO für diejenigen, die die digitalen Vorhaben vor Ort umsetzen, wirklich von Nutzen ist. Darauf kommt es an. Nach meinem Eindruck hat es in der Vergangenheit aber daran gefehlt, das stärker zu bündeln und zusammenzuführen. Das konstatieren auch die Leitlinien der Regierungspolitik sehr klar und haben benannt, wo es jetzt konkrete Aufgaben gibt, die anzugehen sind. Das werden wir tun. Ich freue mich darauf, habe, das nehme ich wahr, viel Unterstützung in der Senatskanzlei, aber auch in der Senatsinnenverwaltung, den anderen Hauptverwaltungen und in den Bezirken. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Vorsitzender Christian Wolf: Vielen Dank, Herr Dr. Kleindiek, für die Ausführungen des Senats! Ich als Ausschussvorsitzender kann im Sinne, ich glaube, aller Abgeordneten sagen, dass wir Sie gern konstruktiv und kritisch begleiten. Unser Ausschuss wurde aufgewertet, indem er jetzt vierzehntägig tagt und mit „Digitalisierung und Datenschutz“ einen neuen Namen bekommen hat. Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit. – Jetzt würde ich zur Aussprache der Abgeordneten kommen, und auf meiner Liste steht Herr Schulze von der Fraktion Die Linke.

Tobias Schulze (LINKE): Vielen Dank an Sie, Herr Staatssekretär, für den Vortrag! Ich glaube, es ist auch ein Zeichen der Aufwertung des Themas, dass Sie neu zugeordnet worden sind und Ihre Abteilungen einerseits eine Bündelung erfahren haben, andererseits klar zugeordnet sind in einer Zwischenposition zwischen der Innenverwaltung und der Senatskanzlei und damit mit am Senatstisch verortet sind. Wir hoffen, dass diese Strukturierung die Möglichkeit gibt, dass Sie politisch mehr Zugriffsrechte und möglicherweise auch Durchgriffsrechte bekommen, denn das ist eines der Probleme, das wir aus der vergangenen Legislaturperiode mitgenommen haben, dass die ganze Digitalisierungsstrategie und auch eine Staatssekretärin nur wenig Einfluss hat, wenn sie nicht die Möglichkeit hat, sich mit den entsprechenden Fachverwaltungen und Bezirken ins Benehmen zu setzen und dort eine Standardisierung und einen Gleichklang hinzubekommen. Ich hoffe, dass wir das mit der Struktur besser hinkriegen. Sie haben gerade schon dargestellt, dass das Ihr Ziel ist, um eine gesamtstädtische Strategie hinzukriegen. Man muss auch noch mal sagen: Es wird viel über die Digitalisierung in Berlin gejammert, aber zum einen sind wir auf der Liste der Städte immer relativ weit vorn, unter den ersten zwei, drei Plätzen bundesweit. Es gibt natürlich kleinere Städte, die gute Fortschritte haben, ohne Zweifel, es gibt aber auch viele größere Städte, die deutlich hinter uns liegen, was Digitalisierungsbemühungen angeht. Wenn man sich im internationalen Maßstab vergleicht, gibt es natürlich super Vorbilder, da müssen wir uns gar nichts vormachen, die deutlich weiter sind als wir, von denen wir viel lernen können, die spannende Strategien haben. Es lohnt sich vielleicht für den Ausschuss, hier mal zu überlegen, in welche Stadt wir mal fahren können, um uns das anzugucken. Mir würde zum Beispiel Wien einfallen, aber auch andere Städte sind da durchaus sehr interessant.

Das Zweite, das ich zu Beginn sagen wollte, ist kurz die Einschätzung: Wir holen immer noch 20 Jahre lang technologische Schulden auf. Das muss man auch sagen. Diese ganzen Standardisierungsbemühungen, die Sie gerade erwähnt haben, die wirklich kompliziert sind, wo man versuchen muss, eine zersplitterte Struktur zusammenzuführen und unter eine Administration zu bekommen, ist nichts, was man innerhalb von ein, zwei Jahren hinbekommt, sondern das ist ein langer, lang währender und nicht ganz einfacher Prozess. Da ist uns zum Beispiel Hamburg zehn Jahre voraus, da muss man sich nichts vormachen. Die haben damit einfach früher angefangen, und vor allem hatten die nie diese Sparzeiten, die wir in Berlin zu bewältigen hatten, wo lange Zeit gar nichts in unsere Infrastruktur investiert worden ist, sondern die wurde mit Mühe und Not und Improvisierung am Laufen gehalten. Das jetzt aufzuräumen und weiter auf Vordermann zu bringen, ist jetzt Ihre Aufgabe. Vielen Dank auch für die Darstellung!

Ich würde zu den Ausführungen, die erfreulich umfangreich und präzise waren, ein paar Fragen anschließen: Wie geht es mit dem Servicekonto Berlin und mit der Service-App weiter? Die ist noch nicht so besonders bekannt, habe ich den Eindruck. Auch das Servicekonto ist

noch nicht so besonders bekannt. Da kann man mehr machen, als die meisten Menschen in der Stadt wissen. Wir müssen aber eine kontinuierliche Weiterentwicklung gerade der App hinkriegen. Wenn so etwas im Projektstatus verbleibt, dann macht man es einmal, und dann wird es nicht gepflegt. Das ist, glaube ich, schwierig. Insofern ist meine Frage: Was haben Sie vor? Wie sollen die App und das Servicekonto weiterentwickelt werden?

Dann die Frage zu den Bürgerdienstleistungen: Das krankte häufig daran, dass der Bund die entsprechenden gesetzlichen Voraussetzungen nicht geschaffen hat. Wir konnten beispielsweise bei der Kfz-Zulassung sofort loslegen, als der Bund die Voraussetzungen gesetzlicher Art geschaffen hat und wir die Technik dann fertig hatten. Ähnlich sieht es im Meldewesen aus, wo wir auch loslegen könnten, wenn Veränderungen bundesseitig vorgenommen werden würden. Vielleicht können Sie aus Ihrer Sicht noch mal sagen, wie beim Onlinezugangsgesetz derzeit der Stand ist, ob der Bund da entsprechend in der Lage ist, uns auch für weitere Bürgerdienstleistungen das Go zu geben, damit wir die Möglichkeit haben, sie endlich ins Netz zu bekommen. Das scheint mir doch ein ziemliches Nadelöhr zu sein an der Stelle, also nicht so sehr das Land oder die Bezirke bei uns.

Zur Frage zur digitalen Akte haben wir eine leidvolle Geschichte im Ausschuss, weil wir die ganze gescheiterte Ausschreibung und die Neuaufstellung dieses Vergabeverfahrens begleitet haben. Ich möchte Ihnen noch mal sehr zustimmen, dass die Umstellung von Papierakten auf Digitale Akten deutlich mehr ist als nur eine technische Umstellung. Für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bedeutet das eine komplette Umstellung ihrer Arbeitsweise, weil sie bisher gewohnt waren, auf Papier relativ viel Entscheidungsfreiräume zu haben. Wenn man so etwas übersetzt, die Geschäftsprozesse digitalisiert, verwandelt man das in der Regel in Multiple-Choice-Verfahren, das heißt, da wird nur noch herumgeklickt. Da gibt es wenig Spielraum, eigene Entscheidungen zu treffen, Randbemerkungen zu machen, sich vielleicht mit Kolleginnen und Kollegen auszutauschen. Mein Wunsch und Appell, das würde ich Ihnen auch gerne mitgeben, ist an der Stelle, diese Spielräume zu erhalten und immer mitzudenken. Meine Frau hat im Jugendamt gearbeitet, und dort sind die erst mal mit der Digitalisierung vom Sozialarbeiter zum Sachbearbeiter heruntergestuft worden. So etwas löst was aus bei Menschen. Und dass Menschen im öffentlichen Dienst sich weiter als menschlicher Faktor begreifen und nicht nur als jemand, der den Computer anklickt, sollten wir immer mitbedenken und diesen Kulturwandel auch entsprechend im Sinne der Beschäftigten umsetzen.

Zur Frage mobiler BerlinPC: Wie sieht es da mit Arbeitsschutz aus? Wir alle kennen das, glaube ich. Wer mal zehn Stunden an einem Laptop gesessen hat, weiß, dass einem danach alles weh tut und dass die Haltung, an einem mobilen PC zu sitzen, nicht besonders ergonomisch ist auf Dauer. Beschäftigte in der Verwaltung sitzen viele Stunden an ihren Rechnern. Vielleicht können Sie noch mal etwas dazu sagen, wie das gewährleistet werden soll.

Zur Frage Migration und ITDZ: Bisher krankte das in der Regel daran, dass umfangreiche Baumaßnahmen notwendig waren, die dazu stattgefunden haben, die entsprechenden Verwaltungsgebäude ans Landesnetz und damit an sichere Leitungen anzuschließen. Gibt es da eine Veränderung in Ihrer Strategie, mit diesen Baumaßnahmen umzugehen, um da eine Beschleunigung hinzubekommen, oder wird auch das weiter das Nadelöhr sein, sichere Leitungen und damit die Migration zum ITDZ?

Letzter Punkt: Sehr erfreulich ist, dass Sie die Zivilgesellschaft und Wissenschaft für die Digitalisierungsstrategien mitadressiert haben. Ich glaube, wir haben da ein Riesenschiff in der Stadt, mit dem wir wuchern sollten. Wir haben auch die Angebote von diesen Akteuren aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft, dass sie an den Digitalisierungsbemühungen mitarbeiten wollen, und ich glaube, wir sollten dieses Schiff nutzen. Da ist so viel Kreativität, und da sind so viele Ressourcen und so viele Möglichkeiten, die wir als Land nutzen sollten. Ein kleines Beispiel: Die Gesundheitsverwaltung hat zu Beginn der Pandemie eine schöne Tauschbörse

für selbstgemachte Masken eingerichtet. Das Problem war, dass die Zivilgesellschaft so etwas schon sechs Wochen vorher hatte und SenGPG angeboten hatte, diese Tauschbörse einzusetzen, aber die Verwaltung hat lieber noch mal eine eigene gemacht. Wir haben hier so viel kreatives Potenzial an der Stelle, das sollten wir nicht verschenken, sondern das sollten wir ganz offensiv adressieren und miteinbeziehen. – Herzlichen Dank!

Vorsitzender Christian Wolf: Vielen Dank, Herr Abgeordneter! – Vielleicht ein Hinweis zum Verfahren: Wir würden jetzt die Redeliste weiter abarbeiten. Für Sie, Herr Kleindiek, Sie notieren fleißig die Fragen und hätten dann noch mal die Möglichkeit zur Stellungnahme und zur Beantwortung der Fragen. – Auf der Redeliste habe ich Herrn Vallendar von der Fraktion der AfD.

Marc Vallendar (AfD): Vielen herzlichen Dank, Herr Vorsitzender! – Auch meine Fraktion hat noch einige Fragen in dem Bereich. Der Vortrag zeigt aus unserer Sicht, dass sich zur bisherigen Arbeit des Senats eigentlich nicht sonderlich viel verändert hat, außer dass man ein paar neue Namen eingeführt hat. Das ist auch schon der erste Punkt. Das ist hier dieser Chief-Digital-Officer oder Chief-Information-Officer, also diese C-Level-Strukturen, wie man sie aus dem angloamerikanischen Sprachraum kennt. Was uns nun interessieren würde, ist: Soll hier eine neue Hierarchieebene aufgebaut werden, oder werden die ohnehin bestehenden Positionen lediglich mit einem neuen Etikett versehen, um dem Zeitgeist zu entsprechen? Unsere Sorge ist, dass den bisherigen Strukturen nun ein zusätzlicher Wasserkopf aufgesetzt werden könnte. Die bisherigen Strukturen der IKT-Lenkung haben sich im Wesentlichen bewährt. Die Probleme, die wir in der Vergangenheit real gesehen haben, scheinen in erster Linie aus fehlender personeller Ausstattung in den einzelnen Behörden sowie Fachkräftemangel am Zulieferungsmarkt für IKT-Fachverfahren zu bestehen.

Dann würde uns noch im Bereich der E-Government-Umsetzung interessieren, wie es um die Zeitpläne bei der Digitalisierung von Verwaltungsfachverfahren steht. Wir wissen von der elektronischen Akte, dass es hier eine Ehrenrunde bei der Vergabe gegeben hat, die letztlich in einer zweijährigen Verzögerung das Gesamtprojekt resultiert, aber die E-Akte ist nur ein Schauplatz von vielen. Es gibt allein für die Bürger ungefähr 300 IKT-Fachverfahren, die digital zugänglich zu machen sind. Nach innen sind es sogar doppelt so viele Einzelfachverfahren. Wo stehen wir da inzwischen? Könnten Sie da noch mal einen kurzen Überblick geben? Ich frage auch mit Bezugnahme auf die Situation der Bürgerämter, die in der Stadt weiterhin angespannt ist, und eine deutliche Beschleunigung bei der Bereitstellung solcher Onlinedienstleistungen könnte helfen, die Bürgerämter weiter zu entlasten.

Interessieren würde uns auch die Frage, die aber eher auf Bundesebene zu stellen ist, wie der aktuelle Stand der Dinge bei der Umsetzung des Registermodernisierungsgesetzes ist. Nach unserem Verständnis der Dinge sind wir bei Vorgängen, die über die Grenzen einer Gebietskörperschaft hinaus wirksam sind bzw. wo Interaktion mit auswärtigen Behörden erfolgen muss, auf real zur Verfügung stehende zentrale Register oder zumindest auf einheitliche Personenkennziffern angewiesen. Wo stehen wir da inzwischen? Gibt es da eine konkrete Zeitplanung?

Dann hätte ich noch eine Frage zur Low-Code-Plattform im IKT-Kleinstfachverfahren. Im vergangenen Jahr lag im Hauptausschuss ein Beschaffungsvorgang für eine Low-Code-Plattform auf dem Tisch, mithilfe derer einige niederschwellige Neuerfassungen diverser

IKT-Kleinstfachverfahren erfolgen sollte, also weg von den Excel-Makros, hin zu einer servicegestützten Lösung, mit der sich ohne tiefgreifendes Expertenwissen einfache Prozesse automatisieren lassen. Gibt es hier auch schon erste Erfahrungsberichte? Wie hoch ist die Akzeptanz in den Behörden? Funktioniert die Umsetzung von IKT-Kleinstfachverfahren so wie der Senat es sich erhofft?

Dann würde ich gerne noch zwei weitere Themenkomplexe ansprechen. Das eine wäre die Schuldigitalisierung. Im Vorgängerausschuss KTDat ist zwar schon diverse Male über Datenschutzaspekte zum Beispiel beim Distanzunterricht gesprochen worden, aber es zeichnet sich jetzt ab, dass der Präsenzunterricht wieder zur Norm werden wird bzw. bereits geworden ist, und damit wird auch die Frage der Ausgestaltung oder Ausstattung im edukativen Bereich in den Schulen mit digitaler Infrastruktur dringlicher. Ende vergangenen Jahres wurde von den Medien teilweise kolportiert, dass Sie planen, die Errichtung passiver Netzwerkinfrastrukturen in den Schulgebäuden stärker mit der Schulbauoffensive zu verzahnen. Wie wollen Sie hier konkret vorgehen? Wird es zukünftig eine bessere zentrale Steuerung der Datenverkabelungsprojekte in den Schulen geben? Mit was für einer Gesamtumsetzungszeit rechnen Sie, bis alle Klassenräume der weiterführenden Schulen mit strukturierten Datenverkabelungen ausgestattet sein werden? Wir wissen, dass Sie auch als Übergangslösung zusammen mit den Telekommunikationsanbietern LTE-Router beschafft und aufgestellt haben. Das ist aber keine Dauerlösungen, denn so errichten Sie kein abgeschlossenes Bildungsnetz, in welchem zum Beispiel auch Vorgaben des Jugendschutzes umgesetzt werden könnten. Auch sind die real zur Verfügung stehenden Bandbreiten bei einem solchen Ansatz niedriger, als wenn kabelgebunden über Gigabit-Internet kommuniziert wird, was eigentlich der langfristige Plan ist. Bezogen auf die Breitbandanbindung der Schulen, also die Gigabit-Anschlüsse im Sinne der Primärverkabelung der Liegenschaften, würden wir uns über ein paar Worte zum aktuellen Stand freuen. Die Auftragsvergabe ist offenbar inzwischen auch erfolgt. Wie viele Schulen werden pro Jahr angebunden werden können? Wann werden die Schulen versorgt sein? Planen Sie, die Realisierung der Breitbandanbindung auf der Ebene der Primärverkabelung zeitlich mit der Errichtung der Sekundär- und Tertiärverkabelung in den Schulgebäuden zu synchronisieren, oder bekommen wir demnächst die Situation, dass hunderte Schulen zwar einen Gigabit-Anschluss im Keller liegen haben, aber dieser nicht genutzt werden kann, weil innerhalb der Gebäude keine weitere Infrastruktur besteht?

Der letzte Themenkomplex, der mich noch interessieren würde, ist die Katastrophen- und Krisenvorsorge. Das gewinnt auch immer mehr an Relevanz. Wie gut ist das Land Berlin auf Großstörungslagen insbesondere im Bereich des Stromnetzes vorbereitet? In den vergangenen Jahren wurde viel über die E-Government-Strategie gesprochen, insbesondere Verwaltungsdigitalisierung, also die Verlagerung von physischen Aktenbergen in die digitale Welt. Das bietet einerseits sehr viele Vorteile und steigert auch die Effizienz der Verwaltung, aber das steigert natürlich auch die Abhängigkeit von der Technik und insbesondere von elektrischer Energie. Deswegen meine Frage: Was passiert im Falle eines länger anhaltenden Stromausfalls? Werden bei inzwischen weitgehend digitalisierter Telefonie die Behörden noch erreichbar sein bzw. wenigstens untereinander kommunizieren können? Kann das Berliner Landesnetz im Falle eines größeren Blackouts über mehrere Tage weiterhin auf Basis von Notstrom betrieben werden? Wir würden uns hier über ein paar Worte zum Thema vom Senat wie auch seitens des ITDZs freuen, aber das müssen wir dann beim nächsten Mal machen. Uns ist klar, dass bei einer Großstörung Einschränkungen unvermeidbar sein werden. Gibt es aber wenigstens bei der Telefonie und IT-Infrastruktur Priorisierungspläne, welche Infrastrukturdienste

bei Großstörungslagen vorrangig weiterbetrieben werden können? Sind die entsprechenden technischen Vorkehrungen dafür getroffen worden oder zumindest geplant? Auch würde uns interessieren, ob das Land Berlin seine Einrichtung im Bereich des Katastrophenschutzes und der kritischen Infrastruktur an der Initiative zur Nutzung des 450-MHz-Bandes beteiligt? Das ist in den anderen Bundesländern schon bezogen auf die Notfunkkommunikation vorgesehen, und da laufen gerade Initiativen an. Da würden wir uns auch über ein paar Worte des Senats freuen.

Dann würden wir noch zum Abschluss gerne ein Wortprotokoll für den Besprechungspunkt beantragen.

Vorsitzender Christian Wolf: Vielen Dank, Herr Vallendar! – Dann haben wir den Antrag vorliegen, dass ein Wortprotokoll gewünscht ist von der Fraktion der AfD. Das will ich kurz zur Abstimmung stellen. Wer schließt sich dem Antrag an? – Herr Schulze!

Tobias Schulze (LINKE): Das können wir ansonsten auch einmütig machen. Da müssen wir keine Abstimmung machen.

Vorsitzender Christian Wolf: Wenn darüber Einvernehmen hergestellt werden kann, dann würden wir mit dem Wortprotokoll beginnen. – Herr Ziller, Sie möchten dazu etwas sagen!

Stefan Ziller (GRÜNE): Vielleicht können Sie noch mal begründen, warum. Wir wissen, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Haus viel Zeit und Arbeit reinstecken, das umzusetzen. Wir haben durch die Videoaufzeichnung auch die Chance, uns das jederzeit anzugucken, und wenn es irgendeinem Grund gibt, mal einen Satz herauszuschreiben und wörtlich zu zitieren, gibt es die Möglichkeit auch. Deswegen die Frage, was der Anlass ist, dass wir Dritten viel Arbeit machen.

Vorsitzender Christian Wolf: Herr Vallendar zur Erwiderung!

Marc Vallendar (AfD): Der Anlass und die Begründung ist relativ einfach. Es handelt sich um die Leitlinien der Regierungspolitik für die kommenden fünf Jahre. Es ist insofern schon sehr entscheidend, was hier vorgetragen wird, auch im Wortlaut, weil man da natürlich in den fünf Jahren immer wieder mal messen kann: Was hat man am Anfang der fünf Jahre gesagt, und was wurde dann beschlossen? – und da ist dieses Wortprotokoll, finde ich – Es gibt selten Anlässe, wo ein Wortprotokoll sinnvoller oder wichtiger ist als jetzt, weil man gerade da auf die Worte achten muss, die der Senat wählt. Deswegen fände ich es schon gut, wenn wir das auch schriftlich haben und uns nicht erst das Video anschauen und uns dann einzeln selber ein Wortprotokoll anfertigen müssen.

Vorsitzender Christian Wolf: In Ordnung. Dann haben wir Rede und Gegenrede gehört. Können wir darüber Einvernehmen herstellen, dass ein Wortprotokoll angefertigt wird? – Ich sehe die Zustimmung der SPD-Fraktion, Die Linke – hat es beantragt –, auch die Grünen? Dann ist das soweit im Einvernehmen beschlossen. – Wir kommen weiter auf der Redeliste zu Herrn Rogat von der FDP-Fraktion.

Roman-Francesco Rogat (FDP): Vielen Dank! – Herr Staatssekretär! Vielen lieben Dank für die Ausführungen! – Ich glaube, Sie sind in vielen Punkten nicht zu beneiden, denn gerade in

dem Bereich Verwaltung und Digitalisierungsprozesse in dieser Stadt sind dicke Bretter zu bohren. Ich kann aus meiner bzw. unserer Perspektive nur sagen, dass wir Ihnen dabei viel Erfolg wünschen, denn eine funktionierende Stadt ist essenziell für alle möglichen Dienstleistungen, die wir den Bürgerinnen und Bürgern anbieten, die für Wirtschaftswachstum und positive Veränderungen in dieser Stadt sorgen, die auch Legitimität in der Stadt abbilden. Insofern ist es ein großes Programm mit großen Schritten, die wir gehen. Ich kann Ihnen da nur zusichern, dass wir Sie tatkräftig dabei unterstützen, die Stadt in vielen Bereichen voranzubringen.

Nichtsdestotrotz gibt es bei uns natürlich auch ein paar Fragen, die sich Ihren Ausführungen angeschlossen haben. Es ist positiv zu sehen, wie jetzt ein Wandel im Bereich, wie man Bürgerdienstleistungen und Bürgerämter neu aufstellen will, stattfindet. Ich glaube, wir können viele interessante detaillierte Fachdebatten führen. Was aber am Ende entscheidend ist, wie beim Sport, ist auf dem Platz: Es muss natürlich bei den Menschen am Ende ankommen, bei den Berlinerinnen und Berlinern, dass es einfach geht, dass es aus deren Perspektive sozusagen einfach abgehandelt werden kann, denn natürlich ist es super ärgerlich, wenn man ewig auf Termine wartet, wenn Verfahren unklar sind, Formblätter usw. Der Passierschein A 38 ist sozusagen das geflügelte Wort dafür. – Insofern ist es wirklich spannend. In der Regierungserklärung der Regierenden Bürgermeisterin wurde von dem Ziel, innerhalb von 14 Tagen Termine anzubieten, gesprochen. Mich würde interessieren, inwiefern das noch gehalten wird oder ob das immer noch verfolgt wird und dahingehend schon mal die kleinen Schritte der Akzeptanz zu gehen.

Der zweite Punkt – die E-Akte wurde bereits angesprochen. Das ist ein Riesenprojekt. Wir haben es auch in der Anhörung im Hauptausschuss, in einer der ersten Sitzungen, zum Transparenzgesetz gehört. Auch da ist es natürlich ein zentraler Punkt, dass die E-Akte kommt. Jetzt haben Sie es auch schon beschrieben, oder auch der Kollege von der Linkspartei, dass da natürlich auch viele Menschen sind, und wer schon einmal ein Changemanagement im Unternehmen mitgemacht wird, weiß, dass das schon ein Riesenbatzen ist. Mich würde daher auch interessieren, ob es da schon eine grobe Idee gibt, wie man Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf diesen Weg auch mitnimmt und sensibilisiert, dass das eben nicht passiert, dass sich Personen herabgesetzt fühlen, in ihrer Aufgabe beraubt, wie auch immer. Es gibt viele auch eingespielte Verfahren, die sich sozusagen über Jahre eingependelt haben, die am Ende gut funktionieren können. Gibt es da schon einen Ansatz? – denn für die ganzen Beschäftigten im öffentlichen Dienst ist es auch ein Riesenpaket.

Jetzt habe wir natürlich mit Ihnen als neuen CDO auch einen gewissen Fortschritt im Bereich der Zuständigkeit. Ich kann es nur begrüßen, dass das bei Ihnen aus einer Hand kommen soll. Sie hatten jetzt auch schon das E-Government-Gesetz und auch das ITDZ-Gesetz angesprochen. Das sind zwei große Gesetzespakete, die angegangen werden müssen. Wenn wir aber auf die Zuständigkeiten blicken, würde mich interessieren, ob Sie da auch anstreben, im Allgemeinen Zuständigkeitsgesetz – AZG – zuzugreifen, um zu schauen: Was ist überhaupt notwendig, was die Bezirke leisten? Was sollte zentral von der Hauptverwaltung geleistet werden? – Wenn wir über Digitalisierung sprechen, ist es immer eine feine Sache, aber natürlich sollte man nicht Dinge digitalisieren, die schon analog nicht funktionieren. Damit wäre sozusagen auch unsere Hoffnung verbunden, dass man schaut, wie man da zwischen Bezirk und Hauptverwaltung das ganze neu aufsetzen kann.

Jetzt haben Sie über den BerlinPC gesprochen und auch über den mobilen BerlinPC. Wir hatten in den vergangenen Jahren gesehen, dass es vor allen Dingen einen großen Treiber für Digitalisierung gab, gerade auch, was mobiles Arbeiten, Telearbeit, Heimarbeit und Homeoffice, und wie man es auch immer nennen mag, gab: Das war am Ende natürlich die Pandemie. – Insofern gut, dass wir das jetzt mal auf eine geordnete Bahn setzen. Mich würde dabei interessieren: Die CIOs, CDOs und COOs, und wie sie alle am Ende heißen, also die zentralen zuständigen Staatssekretäre der Länder, hatten sich darauf geeinigt, eine Cloud aufzusetzen, sozusagen diese Berlin-Cloud. Das Wort ist jetzt gar nicht gefallen. Da würde mich interessieren, wie es da in den nächsten Jahren vorangehen sollte, weil das auch eine Voraussetzung ist, um digital von zuhause zu arbeiten. Ein Ärgernis, das in der Vergangenheit auch immer wieder aufgeplopt ist, ist in dem Zusammenhang das sichere Arbeiten gerade auch von Justizbehörden und Gerichten. Da wäre meine Frage, inwiefern – die Justiz hat sich immer so ein bisschen gegen die zentrale Steuerung gesträubt, gerade, was ihre Digitalisierung der Verwaltung und der nachgelagerten Behörde angeht – ihre Durchgriffsrechte gestärkt sind oder wie da der Dialog aussieht, um das auch in diesen Bereichen voranzubringen.

Abschließend ist mir in Ihrem Vortrag eine Sache aufgefallen, wo sich mir jetzt viele Fragen gestellt haben. Ich will nur zwei aus meinem Kopf herausgreifen. Wir haben jetzt sehr viel darüber gesprochen: Wie funktioniert unsere Verwaltung? Wie machen wir sie zugänglicher auch für die Menschen in dieser Stadt? Da bleibt natürlich ein großer Punkt offen, wie man die Berliner Wirtschaft auch mitnehmen kann. Dazu gehören in meinen Augen zwei, drei Punkte. Wir hatten es in der letzten Anhörung schon mit der Datenschutzbehörde. Wie streben Sie an, dass da auch datengetriebene Wirtschaftsideen, Geschäftsmodelle stärker im Dialog vorangebracht werden können, wie man Unternehmen dabei unterstützt, wirtschaftlicher zu arbeiten? Wir haben zwar in Berlin die Digitalagentur, die aber niemand kennt. Es gibt Bundesprogramme, die dort abgerufen werden können. Wie bewerten Sie das, und wie bewerten Sie da die Zusammenarbeit?

Herr Schulze von der Linkspartei hatte schon das kreative Potenzial angesprochen, das in der Stadt schon liegt. Da geben wir uns vielleicht ungewollt oder auch gewollt die Hand. Es gibt viele private Akteure, die Know-how haben, auf die man auch zurückgreifen kann. Aber zentral wird am Ende ein leistungsfähiges Breitbandnetz sein, das überall in der Stadt ausgerollt ist, auf das Unternehmen, Private, Schülerinnen und Schüler, Schulen, aber auch die Verwaltung zugreifen muss, das flächendeckend in allen Ecken dieser Stadt gewährleistet ist. Mich würde interessieren, wie Sie diese zentrale Herausforderung der grundlegenden Infrastruktur beschleunigen und voranbringen wollen. – Das sind unsere Fragen. Wie gesagt, wir unterstützen Sie da gerne bei allen möglichen Angelegenheiten und freuen uns auf die Zusammenarbeit auch mit Frau Senatorin, die an dieser Stelle natürlich begrüßt sein soll. Sie haben da viel zu tun. Das Programm, das Sie sich da aufgelegt haben, ist sehr ambitioniert. Wir werden Sie natürlich immer freudig kritisch begleiten.

Vorsitzender Christian Wolf: Vielen Dank, Herr Rogat! – Dann kommen wir zu Herrn Förster von der Fraktion der CDU.

Christopher Förster (CDU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Herr Dr. Kleindiek! Vielen Dank für Ihren Vortrag und den Einstieg in die Leitlinien. Vorab möchte ich allerdings sagen, dass es mir doch heute viel zu sehr verwaltungslastig war. Sie haben in der Koalition entschieden, den ganzen Verwaltungsapparat in einen Unterausschuss zu schieben. Das wertet

vielleicht das ganze Thema Digitalisierung hier vor Ort auch auf, aber ich finde, wir haben uns am Ende zu sehr in Ihrem Vortrag nur dem Verwaltungspart gewidmet. Mir ist klar, dass natürlich am Ende dort alles bündelt, denn wenn wir über Bürgerservice reden, Verwaltungsdienstleistungen usw., dann muss man natürlich darüber sprechen. Meine konkrete Nachfrage wäre aber: Wie knüpfen Sie auch Vorteile für die Zivilbevölkerung an? Der Kollege von der FDP hat gerade gesprochen. Es gibt Gigabit-Ziele der Bundesregierung, Bundesförderprogramme, Breitband. Da gibt es Sonderprogramme für Gewerbe, für Schulen etc. Da würde mich interessieren: Ist das Land Berlin schon so aufgebaut, dass wir da gar keine Förderung mehr brauchen, oder kann man da noch prüfen, wo es Bedarfe gibt? Vielleicht sind vor allem die Außenbezirke im Gewerbebereich noch nicht mit Breitband versorgt. Mich würde interessieren, ob Sie da einen kurzen Überblick skizzieren könnten, denn letztendlich haben unsere Wirtschaftsunternehmen nur dann einen Standortvorteil, wenn wirklich jeder auf ein starkes leistungsfähiges Breitbandnetz zurückgreifen kann.

Das Pilotprojekt Free WiFi hat mir hier auch ein bisschen gefehlt. Da hat die Regierende Bürgermeisterin auch vor Kurzem leider eingestehen müssen, dass es Abstimmungsprobleme in der Verwaltung gab und man aufgrund von fehlenden Vorbereitungen in der Ausschreibung einen Regelbetrieb nicht sicherstellen konnte. Das sind die Punkte, die wir hier im Ausschuss auch besprechen müssen, nicht nur Verwaltungsdigitalisierung, sondern: Wie kann jeder einzelne Berliner auch darauf zugreifen? – Ich finde, ein solches Pilotprojekt wie Free WiFi, hat sich aus meiner Sicht sehr bewährt, wenn man sich die Aufrufzahlen anschaut. Es sind nicht nur Touristen, die das nutzen, sondern auch viele Berlinerinnen und Berliner. Wie planen Sie da in Zukunft bzw. wie weit sind Sie vielleicht schon? Vielleicht können Sie dazu auch noch etwas sagen. Wann geht das wieder an den Start bzw. können wir das verstetigen, sodass das dann wieder verfügbar ist? Vielleicht können wir da auch noch das Ganze weiter ausbauen. Es muss ja nicht nur bei knapp 2 000 öffentlichen Spots bleiben. Vielleicht kann man da auch noch Potenzial nach oben sehen.

Der Kollege Rogat von der FDP hat gerade schon gesprochen. Er hat seine Schriftliche Anfrage gar nicht erwähnt. Ich habe vor zwei Tagen im „Tagesspiegel“ sehr erstaunlich zur Kenntnis genommen, dass wir im Land Berlin Probleme mit den Verwaltungsdienstleistungen haben, dass die Ziele des OZG nicht umgesetzt werden können. Da würde mich interessieren: Woran hapert es genau? Wie ist da die Perspektive? Nur 128 von insgesamt 557 Verwaltungsdienstleistungen sind online verfügbar. Experten gehen davon aus, dass das bis zum Ende des Jahres gar nicht mehr einholbar ist. Da würde mich vielleicht auch noch eine Einschätzung Ihrerseits interessieren. Wie ist da die Perspektive? Wann ungefähr? Ich weiß, es ist immer schwierig, sich jetzt auf eine Zahl festzulegen, auch wenn es heute protokolliert wird, aber vielleicht können Sie dazu auch noch mal ein kurzes Statement geben.

Das Thema Digitalisierung in der Verwaltung, Digitale Akte, im Homeoffice arbeiten ist ein sehr spannender Aspekt. Bevor ich Abgeordneter war, habe ich eigentlich mein ganzes Leben lang im Unternehmen fest an einem Arbeitsplatz gearbeitet. Dann kam Corona, und unsere Geschäftsführung, die sich immer sehr dagegen gesträubt hat, war auf einmal offen für mobiles Arbeiten. Ich glaube, so geht es ganz vielen Menschen, nicht nur in Berlin, sondern im ganzen Land, das Corona doch vieles möglich gemacht hat und dass Unternehmen dann doch kurzfristig kreativ geworden sind, damit eine Vielzahl von Beschäftigten arbeiten können. Daher finde ich es begrüßenswert, wenn das auch in unserer Verwaltung umgesetzt und ausgebaut wird. Ich bin auch ein großer Fan vom Desk-Sharing. Ich glaube, das macht es auch

sehr interessant, wenn man personell aufstockt. Man braucht dann nicht zwingend neue Gebäude anmieten. Man kann auch Regularien greifen: 20, 30 Prozent arbeiten zu Hause, und die, die in die Verwaltungsgebäude kommen, arbeiten dann da, wo Platz ist, docken ihren PC an und können dann von dort aus weiter arbeiten. Daher würde ich es sehr begrüßen, wenn das definitiv in dieser Legislatur weiter angegangen wird, denn ich glaube, dass es eine sehr große Stärke ist, wenn man Verwaltung ausbauen möchte, dass man nicht an dem Problem scheitert, dass man – so kenne ich das zum Beispiel aus der BVV-Arbeit, die ich vorher gemacht habe – schlichtweg nicht die Möglichkeit hatte, Menschen einzustellen, weil man ein Kapazitätsproblem hatte, nicht wusste, wo man sie am Ende beschäftigt, und die Räume schlichtweg gefehlt haben.

Ich habe aus meinem Wahlbezirk Neukölln immer wieder auch von unserem Gesundheitsdezernenten in der letzten Zeit gehört, dass es vor allem am Anfang der Pandemie sehr schwierig war, dass seine Kolleginnen und Kollegen Diensthandys nicht zur Verfügung hatten und dass es schwierig war, dienstlich zu telefonieren. Sie mussten das meistens mit ihren eigenen mobilen Geräten führen. Ich hoffe, dass es da auch seitens des Senats Unterstützung für die Bezirke gibt, natürlich auch für die eigenen Angestellten. Vielleicht können Sie dazu auch noch etwas sagen. Mir fehlen heute so ein bisschen Zahlen in dem Vortrag. Wenn Sie sagen, 10 000 Arbeitsplätze können jetzt mit Endgeräten pro Arbeitsplatz ausgestattet werden, vielleicht gibt es da noch mal eine gewisse Schärfe in der Debatte.

Das ITDZ vertagen wir noch mal. Da gibt es auch noch einige Nachfragen seitens unserer Fraktion. Wir begrüßen es aber auf jeden Fall, dass man dort jetzt alles in einer Hand bündeln möchte, dass das ITDZ zukünftig die ganzen Migrationsvorhaben in unserer Stadt vorantreiben wird. Ich glaube, das ist eine große Stärke, dass man das jetzt in eine Hand gibt. Was mich auch interessieren würde, ist: Sie arbeiten bisher sehr auftragsbezogen. Sie bekommen, so habe ich es zumindest verstanden, einen Auftrag von Ihnen oder dem Land Berlin, den sie abarbeiten müssen. Sie hatten vorhin kurz das Thema erwähnt: Wie geht man damit um, wenn sie Überschüsse erwirtschaften? Das würde mich vielleicht auch interessieren. Wie geht man überhaupt damit um? Darf das dann in einem Portfolio, so nenne ich es jetzt mal, behalten werden? Bekommt das ITDZ zukünftig vielleicht auch Spielgeld an die Hand, denn sie werden ja auch Ideen haben, wenn sie Probleme erkennen, wo sie vielleicht mal schnell etwas entwickeln müssen. Gibt es da vielleicht auch einen Geldtopf, auf den sie eigenständig zugreifen dürfen, ohne dass sie beauftragt werden müssen, um schnell handlungsfähig zu sein? Ich könnte mir doch vorstellen, dass das gewisse Hürden hat. Wenn man einen Auftrag bekommt, dann muss das geprüft werden usw., und wenn es mal schnell gehen muss, wäre das doch sehr von Vorteil.

Beim Thema Open Source sind wir von der CDU nicht die größten Freunde, aber ich glaube, das ist auch kein großes Geheimnis. Es ist in der Tat ein sehr ehrgeiziges und spannendes Thema. Unsere Bitte wäre, auch wenn das alles sehr ambitioniert ist, was Sie vorhaben, und bei jeder Softwarebeschaffung auch nach Alternativen von Open Source suchen, ist es vielleicht doch manchmal klüger, zu gucken: Was ist denn vorhanden auf dem Markt? Was ist sicher, was ist erprobt? – Ich glaube schon, dass es an der einen oder anderen Stelle Sinn macht, sich das vielleicht einzukaufen und nicht das Ganze unter diesem Gesichtspunkt zu betrachten. Das wäre noch eine Anmerkung meinerseits. Jetzt habe ich doch einige Fragen formuliert. – Vielen Dank!

Vorsitzender Christian Wolf: Vielen Dank, Herr Förster! – Herr Lehmann von der Fraktion der SPD!

Jan Lehmann (SPD): Vielen Dank! – Vielen Dank, Herr Dr. Kleindiek, für den Vortrag! – Zuvor noch mein Bedauern, dass die Senatorin nicht da ist. Ich bitte, schöne Grüße auszurichten, gute Genesung, dass nichts Schlimmeres ist. Ich glaube, das kann ich im Namen aller hier übermitteln. Wir drücken jedem die Daumen, der da irgendwie in schlechten Kontakt gekommen ist, dass schnell alles wieder gut wird, und wir brauchen sie ja auch.

Ich habe ein paar Anmerkungen oder Fragen und bitte mir nachzusehen, wenn die eine oder andere vielleicht schief ist, oder so etwas. Wir sind ja alle neu hier, also ich jedenfalls. Ich

fange damit an: Der Kollege Rogat hat vorhin erwähnt, dass zum Beispiel die Justiz sich gesträubt hat. Ich hatte das anders gesehen. Ich bitte um Einschätzung. Die Justiz hat ja auch Gründe, warum sie da eigenständig handelt, handeln muss, gesetzlich vielleicht sogar vorgeben. Vielleicht würden Sie einfach nur noch mal, wenn Sie können, eine Darstellung der Justiz, aber auch des Schulteils, weil die Schule auch einen eigenen IT-Staatsekretär hat, geben. Das würde mich sehr interessieren.

Interessant finde ich, dass Sie immer von digitaler Akte reden und sie hier E-Akte genannt wird. Gibt es da irgendeinen Unterschied, oder ist das nur ein neudeutsches Wording, das bei Ihnen Usus ist oder wird? In dem Vortrag wurde gesagt, dass die Akte die Verwaltung dabei unterstützt, den Dienstleistungsgedanken weiterzutransportieren. Wie genau soll diese Art von Unterstützung aussehen? Der Kollege von der CDU hatte gerade auch erwähnt: Klar machen wir die Verwaltung nicht um des Selbstzwecks willen. Wir sitzen hier, damit am Ende beim Bürger etwas ankommt und bei der Wirtschaft. Ich glaube, das ist uns allen klar. Gibt es da irgendeine Zielvorgabe oder eine Idee, eine Idealvorstellung?

Der nächste Punkt wäre bei mir die Homeoffice-Geschichte. Ein paar Aspekte sind schon genannt worden. Ohne Kritik, aber vielleicht können Sie etwas zu den Datenschutzaspekten, Sicherheitsaspekten beschreiben, denn manche Sachen sind vielleicht nicht für Homeoffice geeignet. Zu kurz kam mir generell beim Digitalisierungsthema, wie man sich auch hier umguckt. Wir haben den weiblichen Anteil sehr unterbesetzt. Ich bitte darum, vielleicht können Sie darauf auch nicht antworten, auch für diese Homeoffice-Geschichten den Personalrat so mitzunehmen oder zu fragen, dass gerade das gefördert wird. Wenn eine Frau zu Hause am Laptop sitzt, muss man sicherstellen, dass das auch für alle gut geht und für alle gleich gut geht oder für einige sogar besser geht. Ich hoffe, Sie wissen was ich meine. Wie gesagt, ich finde die Besetzung hier auch schon etwas schief. Eine weitere Frage zum Homeoffice ist, wie es mit dem IFG ist, ob da mitgedacht wird, dass die ganze E-Akte oder die ganze digitale Akte praktisch dasteht, wie man dann herausfindet, wenn der Bürger mit dem IFG eine Anfrage stellt, ob das jetzt schon wie normal gehandelt wird. Ich sehe schon Kopfnicken. Dann kommt: Hallo Heike, wie geht es dir? – Dann muss man viel mehr schwärzen, als wir es bis jetzt gewohnt sind, wenn ich eine Vorlage schriftlich hatte. Da ist das nicht dabei, und mal eben ein Smiley und so. Ist das ein Thema?

Die Handlungsfähigkeit nach außen, ITDZ – Beratung und Services des IDTZ bleiben immer intern in der Verwaltung. Das ITDZ wird nie Ansprechpartner für Bürgerinnen und Bürger. So verstehe ich das. Mit der Schnittstelle ITDZ hat der Einwohner, die Einwohnerin von Berlin nichts zu tun. Wenn Sie eine App haben – jetzt komme ich zum letzten Punkt, die Priorisierung der Bürgerdienste –, welche Rolle kann dann der E-Perso spielen? Ein paar Sachen gibt es schon, wie man sich dann ausweist. Ich hatte vor einer Weile das Problem, dass man praktisch den neuen Personalausweis oder den neuen Führerschein nicht per Post zugeschickt bekommt, wobei doch eigentlich einmal reichen müsste, wenn man hier gemeldet ist, sich ausweist, etwas Neues beantragt, wie da die Verifizierung des beantragenden Bürgers vonstattegeht, und dass man dann doch den analogen Postweg nimmt zum wieder zurückschicken. Das würde auch alles vereinfachen. Da braucht man nichts Digitales. Soweit dazu. – Noch mal vielen Dank!

Vorsitzender Christian Wolf: Vielen Dank, Herr Lehmann! – Vielleicht ein paar Worte zum Verfahren: Wir würden nach Beendigung der Anhörung, der Aussprache der Abgeordneten in

die Lüftungspause gehen und dem Senat danach die Möglichkeit zur Beantwortung geben. – Herr Ziller!

Stefan Ziller (GRÜNE): Wenn ich es nicht so lange mache, schafft es der Senat vielleicht sogar noch vorher, aber ich fange erst mal an. Ich gebe zu, je länger diese Anhörung läuft oder diese Aussprache, desto spannender finde ich zum einen, was wir Ihnen alles zugemutet haben. Es stellt sich sozusagen die Frage, wie diese ganze Digitalisierung und diese Bündelung leistbar ist auch angesichts der Fragen. Aber auf der anderen Seite fühlt es sich auch gut an, denn das wollten wir. Das war mit der Stadtgesellschaft, mit dem Bündnis, mit der IHK der gemeinsame Plan, um bei der Digitalisierung ein Schritt voranzukommen. Insofern fühle ich mich trotzdem bestärkt, dass wir diesen Weg gehen wollen. Ergänzend zur CDU habe ich auch noch ganz viele Punkte, die noch nicht angesprochen wurden in der Präsentation. Vielleicht ist das aber auch okay. Man könnte auch noch über Open Data, das City-Lab, die Verkehrsdigitalisierung reden. Es gibt so viele Themen, die wir uns in den nächsten vier, fünf Jahren noch ausführlicher vornehmen sollten. Ich habe aber Verständnis, dass nicht alles in eine Präsentation passt, und man muss irgendwann mal Prioritäten setzen.

Deswegen will ich mit einem Punkt anfangen, der mir wichtig ist, an Sie, aber auch als Signal an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Berliner Verwaltung, die diese Mammutaufgabe stemmen wollen. Ich finde es gut, dass auch mit den Richtlinien der Regierungspolitik ambitionierte Ziele gesetzt werden, und ich wünsche mir, dass wir einen ehrlichen und solidari-schen Umgang damit finden, wenn manchmal vielleicht auch ein Ziel eine Woche später erreicht wird. Sie haben immer die Wahl. Schreiben Sie uns Zeiten auf, die auf jeden Fall klappen, die viel zu lange dauern, oder nehmen Sie sich ambitionierte Sachen vor, und dann klappt es auch manchmal nicht. Das ist normal, und ich wünsche mir ein solidarischen Um-gang damit. Wir haben das in der letzten Legislatur auch parteiübergreifend versucht und wa-ren am Ende an manchen Stellen dann trotzdem ungeduldig. Es wird nicht immer klappen. Gehen Sie damit so offen, wie es im Arbeitsprozess möglich ist, um. Ich habe da zumindest Verständnis, und wir haben gemeinsam diese Ziele, das umzusetzen. Und wenn es an einzel-nen Punkten Gründe gibt, die wir als Parlament beeinflussen können, sprich: Liegt es am Geld? –, oder ist irgendeine gesetzliche Regelung – der Kollege von der FDP hat das AZG angesprochen – im Weg, kommen Sie auf uns zu! Sagen Sie uns das! Wir haben ein gemein-sames Interesse, das zum Erfolg zu bringen. Wenn wir das ambitionierte Ziel oder einen Großteil davon hinbekommen, dann haben wir viel erreicht. Das vielleicht vorneweg, weil das, glaube ich, ganz wichtig ist.

Ich will mich vielen Fragen anschließen. Ich habe eine, die ich gerne noch stellen würde zum Thema Servicekonto, weil wir das im Koalitionsvertrag nicht gelöst haben: Wie weit sind die Überlegungen, oder gibt es Überlegungen in diesem Konglomerat Servicekonto, Bundeskonto, Steuer-ID zu einer Lösung zu kommen? Wann wird in diesem Jahr diese Frage geklärt, ob man nicht in Berlin vielleicht wie in Hessen oder anderen Bundesländern auch sagt: Wir gehen auf Servicekonto Bund und machen keine Parallelentwicklungen bei Umzügen usw. Ich war am Anfang auch skeptisch und fand immer, wir brauchen in Berlin etwas Eigenes, aber wenn man länger darüber nachdenkt und auch mehr diesen Gedanken des OZG versteht, ha-ben wir mit dem Nutzerkonto Bund und der Steuer-ID zwei Instrumente, wo man Log-ins hat, und wenn man damit alle Bürgerdienstleistungen in Berlin, aber auch in anderen Bundeslän-dern nutzen kann, würde mich das als Nutzer überzeugen. Deswegen die Frage, wie Sie dazu

stehen. Ansonsten würde ich es für heute kurz machen und Ihnen die Möglichkeit geben, vielleicht vor der Lüftungspause noch zu antworten.

Vorsitzender Christian Wolf: Vielen Dank, Herr Ziller! – Dann mach ich mit der Redeliste weiter und würde in die Rolle als Sprecher für Digitalisierung wechseln und für die FDP-Fraktion das Wort erheben und alle meine Fragen loswerden.

Christian Wolf (FDP): Ich habe auf der ersten Folie gesehen, dass Sie einen Personalaufbau planen. Da ist natürlich immer interessant, wo dieser Personalaufbau stattfindet, bis wann er erfolgen soll. Wir kennen die Fachkräfteproblematik. Da hätte ich mir gerne noch ein paar mehr Zahlen gewünscht. Grundsätzlich haben wir gesagt, dass wir im Großen schon sehr ambitioniert sind. Sie hatten auf Seite 3 gesagt, dass Sie drei Verwaltungsprojekte mindestens priorisiert digitalisieren wollen. Hier hätte ich mir dann doch höhere Ambitionen gewünscht als nur drei. Deswegen hoffe ich, dass es nicht bei den mindestens Dreien bleibt.

Des Weiteren, das hat der Kollege Ziller auch schon gesagt, ist transparent ein ganz wichtiger Punkt, wie dort der Stand der Digitalisierung ist. Deswegen begrüße ich dieses Dashboard und hätte gerne noch zwei, drei Worte von Ihrer Seite dazu, inwieweit so etwas öffentlich einsehbar ist für den Bürger, die Presse etc. und auch für uns als Abgeordnete. Das erspart uns einige Nachfragen.

Lassen Sie mich noch ein Wort zum Thema Dienstleistungsgedanken sagen! Ich hoffe, dass der Dienstleistungsgedanke gegenüber Bürgern und Unternehmen an erster Stelle steht und nicht nur stärker in den Vordergrund gerückt wird, denn Digitalisierung ist kein Selbstzweck, sondern dient der Transparenz, dem Bürger, den Unternehmen dieser Stadt, dass bürokratische Vorgänge schneller vonstattengehen. Wie gesagt, Digitalisierung sollte Mittel zum Zweck sein, um den Servicegedanken an die erste Stelle zu rücken. – Ansonsten bedanke ich mich dafür, dass erst mal so ausführlich geantwortet wird. Wir haben die Schwächen aufgezeigt bekommen, denn die Allzuständigkeit ist noch nicht gegeben. Die Vorstellung der Gigabit-Strategie ist im Ausschuss Wirtschaft, Energie und Betriebe vorgesehen in der nächsten Sitzung. Hier hätte ich mir von Ihnen auch noch ein, zwei Worte gewünscht, wie Sie dort mit der entsprechenden Verwaltung zusammenarbeiten. – Vielen Dank! Damit verlasse ich die Rolle des Sprechers für Digitalisierung der FDP-Fraktion und komme wieder in die Rolle des Vorsitzenden.

Vorsitzender Christian Wolf: Ich habe den Letzten auf der Redeliste. – Herr Brozio!

Volker Brozio (BlnBDI; kommissarischer Leiter): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich habe den Ausführungen ausführlich gelauscht, habe sie verfolgt. Das sind sehr interessante Themen, die von Herrn Staatssekretär Kleindiek angesprochen wurden, mit sehr vielen Bezügen auch zum Datenschutz. Leider ist der Begriff Datenschutz nicht in den Ausführungen vorgekommen. Dennoch möchte ich mein Angebot aus der vergangenen Sitzung erneuern. Wir würden uns gern sehr aktiv und frühzeitig in die Prozesse einbringen, kreativ gestaltend, vielleicht auch manchmal kritisch. Wir haben bei uns die erforderliche Expertise im Haus. Wir sind da ganz gut aufgestellt. Wir sind auch als Vertreter der Datenschutzkonferenz der Aufsichtsbehörden in nationalen Arbeits- und Projektgruppen, gerade auch zum Onlinezugangsgesetz und zur Registermodernisierung, teilweise auch im Gespräch mit dem BMI. Wir können sicherlich etwas dazu beitragen und, wie gesagt, ich würde mir hier eine gute Zusam-

menarbeit wünschen, die möglichst frühzeitig stattfindet, damit wir unsere Ideen und Gedanken, aber auch Expertise einbringen können. – Danke schön!

Vorsitzender Christian Wolf: Vielen Dank, Herr Brozio! – Damit ist die Redeliste, wie mir erkenntlich ist, erschöpft. Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das kann ich soweit nicht sehen. Dann würde ich vorschlagen, dass wir jetzt für 15 Minuten in die Lüftungspause gehen. Das heißt, pünktlich 11.32 Uhr würden wir dann mit der Antwort des Senats auf die Fragen der Abgeordneten weitermachen. – Vielen Dank!

[Lüftungspause von 11.17 Uhr bis 11.33 Uhr]

Vorsitzender Christian Wolf: Dann bitte ich die Abgeordneten, Platz zu nehmen, damit wir nach der Lüftungspause die Sitzung fortsetzen können! Nachdem die Aussprache der Abgeordneten stattgefunden hat, möchte ich dem Senat die Möglichkeit geben, Stellung zu nehmen. – Herr Dr. Kleindiek, Ihr Wort!

Staatssekretär Dr. Ralf Kleindiek (SenInnDS): Vielen Dank, sehr geehrter Herr Vorsitzender! – Herzlichen Dank für die Diskussionsbeiträge! Das war für mich inspirierend, wenn ich das so sagen darf, und bringt uns immer weiter. Ich freue mich auf die weiteren Diskussionen und versuche jetzt, so gut es geht, das zu beantworten. Der Kollege Schulze ist im Moment noch nicht da. – [Zuruf: Er kann ja das Video gucken!] – Sehr gut! – [Tobias Schulze (LINKE): Entschuldigung!] – Kein Problem, Herr Abgeordneter! Ich wollte gerade Ihre Fragen beantworten. Mit dem internationalen Vergleich ist es immer so eine Sache. Ich habe schon in meinen vorherigen Funktionen in ganz unterschiedlicher Art und Weise Kontakt zur Stadt Wien gehabt, treffe im März den CDO. Das ist für uns tatsächlich ein Benchmark und auch ein Orientierungspunkt. Es gibt noch ein paar andere. Man kann zum Beispiel auch London nehmen. Estland geht auch immer als Land. Da kann man immer was machen und was schauen, aber es ist schon so, dass wir da schauen.

Zu den Investitionen: Da haben Sie einen wichtigen Punkt angesprochen. Ich habe in meiner Aufgabe als CDO praktisch schon alle Antrittsbesuche bei den Bezirksbürgermeisterinnen gemacht, und die sagen mir natürlich auch alle: Wenn hier nicht etwas getan wird, wird es mit deiner Migration nicht funktionieren. Sie sagen manchmal noch: „meiner Migration“ –, und ich sage dann immer: Nein, das ist unsere Migration. – Deswegen sind wir da sehr problembewusst. Es gibt, das haben Sie mitbekommen, innerhalb des Senats Diskussionen darüber, wie noch mal deutlich etwas getan werden kann, um den Sanierungsstau insgesamt zu beseitigen oder zu verringern. Da sind wir als Innenverwaltung stark betroffen, aber auch da werden wir genau diese Punkte mit einbringen, um das ganz klar zu sagen, weil wir das als ganz neuralgischen Punkt sehen.

Das Servicekonto Berlin: Die aktuelle Lösung läuft aus. Wir werden das mit dem neuen Haushalt fortführen, und wir müssen insgesamt mit diesem Servicekonto sehen, wie sich das entwickelt. Da sind wir noch nicht ganz am Ende. Es gibt unterschiedliche Möglichkeiten, auch was zum Beispiel das Unternehmenskonto angeht. Wir können uns einerseits dieser Lösung, die auf der Bundesebene in diesem ELSTER-Kontext entwickelt wird, anschließen oder etwas Eigenes machen. Da sind wir noch nicht weit genug, um das jetzt endgültig zu sagen, aber wir werden rechtzeitig, wenn die Möglichkeiten bestehen – – Bis die Möglichkeiten bestehen, das haushaltsmäßig zu realisieren, werden wir eine Strategie haben, die wir dann umsetzen können, und darüber kann ich dann gern berichten.

Sie haben die Themen Meldewesen und Kfz-Anmeldung angesprochen und insgesamt, was die bundesrechtlichen Vorgaben angeht. Mit diesen bundesrechtlichen Vorgaben habe ich mich selbst auch in meinen früheren Funktionen oft genug beschäftigt. Im Koalitionsvertrag für die Bundesregierung steht, dass wir nun endlich die Hürden für ein digitales Angebot beseitigen wollen, die in den Gesetzen bestehen, etwa durch handschriftliche Form oder andere Hemmnisse. Wir haben im Koalitionsvertrag und in den Leitlinien der Regierungspolitik stehen, dass wir in möglichst vielen Bereichen einen Digitalcheck machen wollen. Das wird sich dann zusammenführen. Ich bin wirklich sehr bereit, das zu machen, und ich kenne alle Argumente, die immer dagegen angewandt werden. Ich weiß, dass meine Senatorin Spranger

schon mit der Bundesinnenministerin gesprochen hat. Da gib es – ich bin ziemlich sicher, auch nach dem, was ich weiß – noch mal eine andere Bereitschaft, das zu forcieren. Da müssen wir noch stärker in die Gesetzesänderung gehen.

Das Onlinezugangsgesetz haben Sie angesprochen. Das haben auch einige andere angesprochen, weil das ein wichtiges Thema ist. Wir sind als Berlin bei der Umsetzung nicht besser und auf jeden Fall aber auch nicht schlechter als andere Bundesländer. Sie wissen, dass das gesetzgeberische Ziel ist, 575 Dienstleistungen bis zum Ende dieses Jahres, also bis Ende 2022, online bereitzustellen. Es wäre das Verständnis, dass das flächendeckend in ganz Deutschland passiert. Dieses Ziel wird nicht erreicht werden. Es ist jetzt keine Frage von Beserwisserei, aber ich würde sagen, es war von Anfang an unrealistisch und ist insofern eine politische Vorgabe gewesen, von der man eigentlich hätte wissen können, dass sie nicht eingehalten wird. Trotzdem ist es so beschlossen worden, und es ist vielleicht an der einen oder anderen Stelle so, wie Herr Ziller es gesagt hat, dass man sich ambitionierte Vorgaben geben muss. Es wird jetzt ein OZG reloaded geben, ein OZG 2.0. Das bereitet das Bundesinnenministerium vor. Ich habe mich in die Diskussion unter den Ländern eingeschaltet, damit die Belange von Berlin berücksichtigt werden, wenn wir unsere Position als Länder formulieren, weil es da schon darauf ankommt, die Finanzierung der Einer-für-alle-Dienstleistungen zu gewährleisten: ob das nun die Konzeption oder der Betrieb ist – das ist ein wichtiger Punkt – und überhaupt, wie die Konzeption dieser Einer-für-alle-Dienstleistungen – zum Beispiel ist unser digitaler Antrag so ein Basisdienst, ein Einer-für-alle-Dienst – besser aufgegleist werden kann, damit es gut funktioniert. Das ist ganz wichtig, und dann muss es überall stark in die Umsetzung gehen, und wir müssen versuchen, so viele Dienstleistungen wie möglich zu realisieren. Da möchte ich vielleicht vor die Klammer ziehen, weil das an der einen oder anderen Stelle schon gesagt wurde: Ich bin ein Anhänger dieser 80-Prozent-Philosophie. Wenn wir sehen: Das ist eine Lösung, die wir fertig kaufen und problemlos einsetzen können und die 80 Prozent unserer Bedürfnisse und unserer Vorstellungen erfüllt, und wir kommen damit klar –, dann sollten wir das tun, möglichst schnell, und nicht noch sehr lange versuchen, an den übrigen 20 Prozent zu arbeiten. Dieser Auffassung bin ich. Das ist auch keine Erfindung von mir, sondern das ist eine Vorgehensweise, die in der Wirtschaft schon gang und gäbe ist. Wir müssen das in der Verwaltung manchmal noch ein bisschen lernen. Wir wollen immer perfekt sein. Es gibt immer die große Angst, nicht perfekt zu sein, und dann gibt es Kritik. Dann müssen wir uns als Führungskräfte vor unsere Leute stellen und müssen sagen: Nein, macht mal, und wenn es dann Dresche gibt, dann stelle ich mich schon vor euch. – Das ist ein ganz wichtiger Punkt, und das ist im Übrigen, Herr Förster, keine Frage von Open Source oder nicht Open Source, sondern das gilt auch für Open-Source-Lösungen. Auch da können wir diese 80-Prozent-Philosophie realisieren. Wir werden allerdings an der einen oder anderen Stelle sagen: Können wir hier von Microsoft wechseln oder nicht? –, und manchmal werden wir sagen: Wenn wir jetzt wechseln, müssen wir abwägen. Dann haben wir vielleicht eine Zeitverzögerung von einem Jahr, wir machen es aber oder nicht. Das müssen wir dann immer, finde ich, von Fall zu Fall abwägen, ob wir das tun oder nicht, aber da würde ich sagen, schließt das eine das andere nicht aus.

Herr Schulze hat dann noch wichtige Punkte zum Thema elektronische Akte angesprochen. Absolut! Das ist ein kultureller und organisatorischer Kraftakt, regelrecht eine Frage der Transformation der Verwaltung, das ist überhaupt keine Frage. Wenn ich es richtig in Erinnerung habe, haben Sie gefragt, wie es bei dem mobilen BerlinPC ist. Ich weiß gar nicht mehr, was die Frage konkret war. – [Tobias Schulze (LINKE): Arbeitsschutz!] – Genau! Dafür gibt

es Vorkehrungen. Das sind aber auch Anforderungen, die wir nach und nach realisieren müssen und wo darauf geachtet werden muss. Das liegt in erster Linie in der Verantwortung jeder einzelnen Behörde, die das gewährleisten muss, und daran müssen wir insgesamt arbeiten. Ich weiß, dass es in der Praxis nicht so ist, dass die Arbeitsplätze zu Hause immer so überprüft werden, wie die Arbeitsplätze in den Behörden überprüft werden. Das müssen wir nachholen, und dann muss es aber auch eine gute Zusammenarbeit zwischen den Behörden und den Beschäftigten geben.

Die Migration zum ITDZ ist von mehreren von Ihnen angesprochen worden. Da kann ich im Grunde auf das verweisen, was ich schon in meiner Präsentation gesagt habe. Ich würde aber im Einzelnen noch mal darauf kommen.

Herr Vallendar! Ob man es englisch bezeichnet oder nicht, ist, glaube ich, eine Geschmacksfrage. Das kann jeder entscheiden, wie er will. Die Landesregierung hat sich schon im Koalitionsvertrag dazu entschieden, diese Funktion eines Chief-Digital-Officers neu zu schaffen. Ich finde das richtig, denn wenn Sie sich überlegen, was die Aufgabe eines CDO ist, dann ist es die Aufgabe, für eine Organisation eine Digitalstrategie zu entwickeln und die Umsetzung dieser Digitalstrategie zu gewährleisten. Das ist das, was ein CDO machen soll, egal, ob in der Wirtschaft oder in der Verwaltung, egal, in welcher Organisation. So sehe ich auch meine Aufgabe. Ich sehe meine Aufgabe darin, mit anderen zusammen diese Strategie zu entwickeln und dann auch dafür zu sorgen, dass sie umgesetzt wird. Nach allem, was ich weiß, hat es an dieser Umsetzung in der Vergangenheit manchmal gehapert. Ich habe, soweit mir das möglich war, bevor ich hier diesen Job angefangen habe, klare Verabredungen getroffen, zum Beispiel mit der Regierenden Bürgermeisterin, mit der Innensenatorin und auch mit den Vorsitzenden der Regierungsparteien, wie ich mir das vorstelle, was diese Durchschlagskraft angeht. Das werde ich jetzt umsetzen und manchmal auch einsetzen, wenn es nötig ist. Das werden wir dann im Einzelnen sehen. Aber ich bin sehr zuversichtlich und sehr positiv, was die Ausgangsbedingungen angeht und dass mir das gelingen wird. Darum finde ich es richtig, dass es hier eine neue Funktion gibt, und es ist nicht nur eine neue Bezeichnung für das, was es im Grunde vorher schon gegeben hat.

Der Fachkräftemangel – darüber haben wir eben auch in der Pause gesprochen – wird uns allemal beschäftigen. Ich hatte es gesagt: Auch in Berlin werden bis Ende des Jahrzehnts voraussichtlich 30 Prozent der Kolleginnen und Kollegen im Ruhestand sein, die heute bei uns arbeiten. Wir müssen uns also jetzt darum kümmern. Das ist ganz wichtig, da gibt es eine ganze Reihe von Anknüpfungspunkten. Die Arbeitsbedingungen sind das eine, die Bezahlung ist das andere. Die moderne Kultur, die wir in unseren Verwaltungen etablieren müssen, ist das Dritte, aber es gibt auf der anderen Seite auch tolle Bedingungen. Was die Digitalisierung angeht, gibt es keine Stadt in Deutschland, vielleicht auch darüber hinaus, die derart tolle Bedingungen hat, darüber, dass über hunderttausend Menschen in dieser Stadt mit Digitalisierung zu tun haben, in welchem Zusammenhang auch immer. Wir brauchen bei Weitem nicht alle, aber ein paar davon können wir gewinnen, die uns bei der Digitalisierung der Verwaltung unterstützen und bei den Aufgaben der Umsetzung, die die Stadt hat, was die Digitalisierung angeht.

Sie haben nach den Zeitplänen zu den E-Government-Fachverfahren gefragt. Dazu werde ich in einer der nächsten Sitzungen etwas sagen können, wenn wir so weit sind. Da bitte ich um Verständnis. Da bin ich so konkret noch nicht angekommen. Das hat auch immer damit zu

tun, dass ich konkrete Verabredungen mit den einzelnen Fachverwaltungen treffen muss. Es ist immer so, wenn wir eine Strategie haben, dass wir dann für die Umsetzung natürlich auch mit denen sprechen müssen. Das ist ganz wichtig.

Sie haben dann ein wichtiges Thema angesprochen, und zwar das Registermodernisierungsgesetz. Das habe ich hier nicht erwähnt, weil ich diese Präsentation der jetzigen Vorhaben erst mal für das vorgesehen habe, was zwar weit in die Legislaturperiode wirken wird, aber womit wir jetzt starten müssen, an dem wir jetzt anfangen zu arbeiten, um da voranzukommen. Das Registermodernisierungsgesetz ist eines der großen digitalen Transformationsthemen für die öffentliche Verwaltung in Deutschland, was vor uns steht. Das ist nach meinem Eindruck deutlich komplexer und deutlich anspruchsvoller als zum Beispiel das Onlinezugangsgesetz. Das Gesetz ist im vergangenen Jahr in Kraft getreten. Da entwickeln sich jetzt erst mal auf Bundesebene Strukturen der Umsetzung, und die Bundesländer fangen langsam an, sich zu organisieren und zu sortieren, das gilt auch für Berlin, aber damit werden wir in unserer Prioritätenliste so richtig am Ende des Jahres starten und uns ganz intensiv damit beschäftigen. Dann kann ich auch mehr dazu sagen, aber es ist ein ganz wichtiges Thema.

Die Low-Code-Plattform für Kleinstverfahren wird als Basisdienst neu entwickelt. Das kann ich als Auskunft sagen.

Dann haben Sie das Thema Schuldigitalisierung und digitale Ertüchtigung der Schulen angesprochen. Das ist ein gutes Beispiel dafür, wie die Zusammenarbeit innerhalb des Senats zukünftig sein wird. Ich bin als CDO nicht verantwortlich dafür, die Strategie oder die Umsetzung für die Schuldigitalisierung zu entwickeln, sondern das sind die Kollegen in der Schulverwaltung, und das ist auch gut so. Ich bin dafür verantwortlich, dass sich das in die Gesamtstrategie der Stadt einfügt. Es ist nicht an mir, hier Vorschläge zu machen, aber ich finde, dass dieses Thema Schuldigitalisierung so wichtig und so bedeutend ist, dass das ein eigenes Thema ist, und es würde dem Thema keineswegs gerecht, wenn ich das in dieser Fragerunde beantworten würde, sondern das ist wirklich so wichtig, dass es von den Kolleginnen und Kollegen, die das in der zuständigen Hauptverwaltung bearbeiten, gemacht werden muss.

Ähnliches gilt für die Notstromversorgung, die Versorgung bei Großstörungen und beim Katastrophenschutz. Für diese Form von Katastrophen bin ich nicht zuständig, sondern das liegt auch in der Innenverwaltung, aber das ist der Kollege, der dann dafür sorgen muss, dass redundante Systeme bestehen und dass die Möglichkeit besteht, bei so einer Großstörung die notwendigen und essenziellen Infrastrukturen am Laufen zu halten. Ich weiß, dass es dafür Pläne gibt. Ich kenne das aus meiner früheren Zeit und Tätigkeit im Bundesinnenministerium. Ich weiß, dass es dafür Pläne und eine konkrete Abfolge der Dinge gibt, die dann gewährleistet werden müssen, damit das irgendwie funktioniert. Auch da kann ich vermitteln, wenn daran weiter Interesse besteht, nähere Auskünfte zu diesem Thema zu geben.

Herr Rogat! Sie hatten das 14-Tage-Ziel angesprochen. Wir haben bei der Vorbereitung tatsächlich überlegt, wie wir das machen. Für mich hat das 14-Tage-Ziel zwar auch eine starke Digitalisierungskomponente, ist aber in erster Linie für mich ein Reorganisations- und Verwaltungsmodernisierungsthema. Deswegen haben wir das hier nicht aufgenommen. Das ist eines unserer ganz wichtigen Vorhaben. Ich hatte eingangs gesagt, dass es für mich wichtig ist, dass in meiner Funktion Verwaltungsdigitalisierung und Verwaltungsmodernisierung stärker miteinander verschränkt werden, und ich spreche mit allen Bezirksbürgermeisterinnen

ganz intensiv über dieses 14-Tage-Ziel. Wir sind auch schon dabei, die konkreten Maßnahmen abzusprechen, die wir jetzt ergreifen können, um möglichst schnell Fortschritte zu machen. Das will ich nur sagen. Das ist überhaupt keine Frage. Es ist aber prioritär kein Thema der Digitalisierung. Deswegen hatten wir das hier nicht aufgenommen.

Die elektronische Akte, das hatte ich schon mehrfach gesagt, ist ebenso ein Transformations- und Reorganisationsthema, und deswegen müssen wir da die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mitnehmen. Das ist Teil der Gesamtstrategie, sowohl die Schulung, aber auch die Unterstützung, das ist überhaupt keine Frage. Das findet statt. Ich habe auch gerade meine E-Akten-Schulung gehabt. Die hat mir sehr gut gefallen, die fand ich gut. Ich habe sie ein bisschen verkürzt, weil ich dachte, es ging. Es hat ganz gut funktioniert. Ich komme gut klar mit der E-Akte, die wir in der Innenverwaltung haben.

Das AZG ist genauso ein Thema. Das habe ich hier nicht aufgeführt, weil es nicht primär Digitalisierung ist. Aber der Koalitionsvertrag und die Leitlinien der Regierungspolitik sagen klar: Das AZG wird abgelöst durch eine neue gesetzliche Regelung, die die Aufgabenverteilung zwischen Land und Bezirken neu bestimmt. Auch das ist ein Thema, für das ich zuständig sein werde. Wir haben diese Zuständigkeit der gesamtstädtischen Verwaltungssteuerung einerseits in der Senatskanzlei und die gesetzgeberischen Zuständigkeiten in der Senatsinnenverwaltung. Die werde ich in der Innenverwaltung neu organisieren. Wir werden eine neue Abteilung für Verwaltungsmodernisierung und -steuerung einrichten, und dort werden unter anderem auch diese Themen behandelt werden, nämlich die Neuordnung des Verhältnisses zwischen Land und Bezirken.

Vorsitzender Christian Wolf: Herr Dr. Kleindiek! Ich falle Ihnen ungern ins Wort, aber ich wollte auf die Zeit hinweisen. Wir haben 11.55 Uhr.

Staatssekretär Dr. Ralf Kleindiek (SenInnDS): Bis wann muss ich fertig sein?

Vorsitzender Christian Wolf: In der Regel endet der Ausschuss um 12 Uhr. Wir haben die Möglichkeit, den Tagesordnungspunkt zu vertagen und in der nächsten Sitzung weiterzuführen, wenn der Wunsch besteht, oder Sie enden in fünf Minuten, es gibt keine Nachfragen der Abgeordneten mehr, und wir schließen den Tagesordnungspunkt ab. Wohin geht die Tendenz im Ausschuss? Vertagen? – [Stefan Ziller (GRÜNE): Nein! Antworten, und wenn wir nächste Woche andere Themen machen, ist es auch gut, oder noch mal ein Einzelthema rausgreifen!] – Gut, dann können Sie gern fortsetzen. – Vielen Dank!

Staatssekretär Dr. Ralf Kleindiek (SenInnDS): Ich habe noch fünf Minuten, sehe ich das richtig?

Vorsitzender Christian Wolf: So ist es leider.

Staatssekretär Dr. Ralf Kleindiek (SenInnDS): Dann kann ich mich beeilen, aber fünf Minuten sind viel. – Die Verwaltungscloud ist ein weiteres großes Thema, das uns beschäftigt wird, im Moment noch nicht, aber es wird ein riesengroßes Thema werden, und Berlin wird sich daran beteiligen.

Das Thema Justiz ist auch mehrfach angesprochen worden. Dazu möchte ich gerne sagen: Wir sind uns sehr einig. Es gibt Rechtsprechung, die die Unabhängigkeit der Justiz auch in technischer, in digitaler Hinsicht gewährleistet, also eine eigene Speicherung und Bearbeitung der Daten. Deswegen ist es richtig, dass sich die Berliner Justiz diesem Data-Center Justiz, diesem Datenverbund aus anderen Ländern, angeschlossen hat. Das war völlig einheitlich zwischen uns, und das ist auch kein Präzedenzfall für andere Bereiche, die zur Verwaltung gehören und eben nicht zu Justiz.

Der Breitbandausbau und die Gigabit-Strategie sind mehrfach angesprochen worden. Das ist ein Beispiel dafür, dass nicht alles beim CDO gebündelt wird, sondern das ist selbstverständlich Teil der Zuständigkeit der Wirtschaftsverwaltung und des Wirtschaftsressorts und muss dort bearbeitet werden. Wir müssen nur sehen, dass sich das gut einfügt, und dazu sind wir im Gespräch.

Free Wifi: Da werden wir jetzt eine Übergangslösung schaffen, um dann die Ausschreibungsvoraussetzungen hinzubekommen, damit das gut funktioniert. – Ich bin schon bei den Antworten für Herrn Förster. – Zur OZG-Umsetzung habe ich schon etwas gesagt.

Desksharing ist auch für die öffentliche Verwaltung ein Thema, ist aber auch eine kulturelle Herausforderung. Ich sage es mal so. Bei den Diensthändys würde ich noch mal nachfragen, ob es da Probleme gibt.

Es ist nach den Überschüssen beim ITDZ gefragt worden. Das ist eine der Stellschrauben, die ich sehe, um das ganz klar zu sagen. Ich glaube, wir brauchen ein anderes Finanzierungsmodell, damit wir das ITDZ gut aufstellen können. Ich bin der klaren Auffassung, dass wir als Eigentümer eine klare strategische Vorgabe brauchen, und dann brauchen wir aber auch eine Eigenverantwortung im ITDZ selbst, die Dinge vernünftig zu machen. Ansonsten müssen wir darüber sprechen.

Herrn Lehmann kann ich sagen: Zum ITDZ habe ich schon etwas gesagt. Es soll nicht für die Bürgerinnen und Bürger als Dienstleister zur Verfügung stehen. Das ist nicht vorgesehen.

Die Identifizierung und Authentifizierung über Personalausweise ist eine bundesrechtliche Frage, an der wir mitarbeiten und auch an Alternativen. – „E-Akte“ und „digitale Akte“, das ist eher eine Geschmacksfrage.

Herr Ziller! Vielen Dank für Ihre aufmunternden Worte. Ich hätte jetzt noch eine Anekdote erzählt, aber dafür ist leider die Zeit nicht mehr da, dass gute Freunde von mir zu mir gesagt haben, als ich diesen Job übernommen habe: Wir fragen uns, ob du geistesgestört, großwahnsinnig oder mutig bist. – Dann habe ich gesagt: Ich bin das Dritte und ein bisschen von den ersten beiden. – Vielen Dank! Diese Bündelung ist wichtig, aber diese Bündelung, das will ich sagen, funktioniert nur, wenn alle anderen mittun, und es ist auch meine Aufgabe, dass alle anderen mittun. Wir müssen dafür sorgen, dass alle an einem Strang ziehen, und dass alle Verwaltungen den Schalter umlegen. Das wird nicht funktionieren, indem man sagt: Da gibt es jetzt einen CDO, dann wird das schon klappen.

Sie, Herr Vorsitzender, habe noch nach dem Dashboard gefragt. Da haben wir noch keine abschließende Strategie. Das ist aber ein Punkt, der uns beschäftigt. Ich bin tendenziell für

mehr Transparenz und für die Möglichkeit, das für die Öffentlichkeit zu nutzen. Die Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsverwaltung ist sehr intensiv, weil wir auch Zuständigkeitsüberschneidungen haben, die wir im Moment auflösen, aber sie ist absolut intensiv, auch weil die Wirtschaft ein ganz wesentlicher Faktor für die Digitalisierung hier in Berlin ist, genauso, Herr Brozio, wie der Datenschutz. Vielen Dank für das freundliche Angebot! Das nehmen wir gerne an. Wir haben es bei der Leistungsbeschreibung zur Anschlusslösung für die Videokonferenzen schon genutzt, sind in einem sehr intensiven Austausch. Vielen Dank für das Angebot! – Herzlichen Dank!

Vorsitzender Christian Wolf: Wir bedanken uns auch, Herr Staatssekretär! – Gibt es ansonsten noch Bedarf an einer Aussprache zu dem Tagesordnungspunkt? – Dann habe ich es richtig interpretiert, dass der Tagesordnungspunkt abgeschlossen werden kann und nicht vertagt wird? – Ich sehe Kopfnicken. Damit schließen wir den Tagesordnungspunkt 2 ab, die Richtlinien der Regierungspolitik, die uns von Herrn Staatssekretär Dr. Kleindiek vorgestellt wurden, und danken ihm noch mal für diese ausführlichen Ausführungen.

Punkt 3 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.